



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 17
3. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsprekolliste Seite 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königsgräber Str. 44, Fernsprech-Anschluß: Amt Lützow 3240. — Bezugspreis vierteljährlich M. 6.— ohne Bestellung ufm. Preis der Einzelnummer M. 2.— einschließlich ortsüblichen Teuerungszufchlages.

Berlin
1. September 1922

Die Not der deutschen Volksgenossen im Saargebiet.

Motto: Zu helfen, wo tut Hilfe not, ist hierzuland ein alt Gebot.

Arm, bettelarm ist unser deutsches Volk geworden. Darüber kann nicht hinwegtäuschen das prohenhafte Auftreten der zahlreichen Ausländer und des Teiles der deutschen „Volksgenossen“, für die Krieg und Nachkriegszeit eine Quelle des Reichtums und schlemmerhaften Wohllebens geworden.

Trotz dieser eigenen Armut hat die Mehrheit des deutschen Volkes immer ein Herz gehabt für die Not der andern, besonders für die bittere Not der deutschen Brüder und Schwestern in den bedrohten und vorübergehend aus den Armen der deutschen Mutter gerissenen Grenzgebieten. Zu den letzteren gehört in erster Linie

das ferndeutsche Saargebiet!

Obwohl dem Völkerverbund unterstellt, widerhallen auch seine Straßen von den Schritten der sich entgegen den Bestimmungen des Vertrages von Versailles noch immer widerrechtlich im Saargebiet aufhaltenden französischen Soldateska. Auch seine Kinder, unsere Hoffnung für eine bessere Zukunft, sind zusammengepfercht in räumlich unzureichenden Schulklassen, während sich französische Truppen fünf oder sechs Mann in einem großen Schulsaal breitmachen. Von den vom Gelde deutscher Steuerzahler erbauten öffentlichen Gebäuden, in denen sich die landfremde französische Bergwerksdirektion breit macht, flattert die französische Tricolore, während es streng verboten ist, die deutschen Fahnen im deutschen Saargebiet zu hissen. Weder schwarz-weiß-rot noch schwarz-rot-gold.

Wohl schweigt im Saargebiet der im lieben deutschen Vaterlande leider so heimisch sich fühlende bittere Hader der Parteien. Nicht streiten wir dort um die Farbe des Banners, noch um die Form der Regierung. Nein, wir kämpfen für unser deutsches Vaterland, für die Abkürzung der bitteren, herben Trennungszeit. Wir, die wir wissen, was wir verlieren, wenn wir uneins, im Gegensatz zu den Volksgenossen im Reich, die oft nicht schätzen, was sie besitzen, ihre heilige deutsche Heimat.

Mit schmerzhafter Freude tragen wir „Saarländer“ das Joch der feindlichen ungefehligen Besatzung, sehen mit stolzer Verachtung französische Wimpel über dem herrlichen Stück deutscher Erde, dem lieblichen Saargebiet wehen, denn die Jahre schreiten schnell.

Was uns aber so bitter weh tut, das ist nicht mehr allein der moralische Druck und die zahlreichen Demütigungen, nein, es ist die

bittere materielle Not

eines großen Teiles unserer Brüder und Schwestern im Saargebiet.

Not und Elend, verschuldet von den Sachwaltern des Völkerverbundes, die sich nur mehr als die Beauftragten Frankreichs fühlen,

die wir als Annexionisten der schlimmsten Sorte betrachten müssen. Die für ihre eigene „teuere“ Person und ihre zahlreichen Trabanten Millionen von Franken an Gehältern beziehen, die aufgebracht werden müssen durch den Fleiß der 700 000 deutschen Volksgenossen, während bei Tausenden von

Altpensionären, Sozialrentnern, Witwen und Waisen

die bittere Not zu Hause, das bleiche, graufige Gespenst des Hungers an die Türen klopft.

Diese Not schreit zum Himmel!

Die Tränen der Hungernden, die an überladenen, mit allen Lederbissen angefüllten Schaufenstern vorbeigehen und kaum ein trockenes Stückchen Brot im Kasten haben, die mit Schreden dem kommenden Winter entgegensetzen, weil ihnen das Nötigste fehlt, ihre Blöße zu decken, sie sind eine flammende Anklage gegen die schlemmenden und prassenden Parasiten aus dem Westen, die mit ihren parfömduftenden Dirnen die Straßen und Lokale Saarbrückens verschandeln.

Diese Elemente hat wohl der „diplomatische“ Mitarbeiter des „Daily News“, H. Wilson Harris, bei seinem Besuch im Saargebiet gesehen, sonst konnte er nicht, wie im „Rodeau Courrier de la Sarre“ der französische Propagandadienst freudestrahlend seinen Lesern mitteilt, schreiben: „Ein einziger Spaziergang durch die Straßen Saarbrückens überzeugt uns von den guten Existenzbedingungen der Bevölkerung.“

Gewiß hat Herr Wilson Harris nur bei den Mitgliedern der Regierungskommission diniert, wie seinerzeit die Abgesandten des Völkerverbundes. Warum hat Herr Wilson Harris außer der Bahnhofstraße, der Hauptverkehrsstraße Saarbrückens, nicht einmal Einkehr gehalten in den zahlreichen Winkeln, in denen eine erschreckende Armut leidend, aber meist verschwiegen haust?

Hat ihm die Regierungskommission nichts erzählt von den zahlreichen Eingaben der mit dem Hunger ringenden Hinterbliebenen des sogenannten Mittelstandes? Erschütternde Zeugnisse können bringen die Geistlichen beider Konfessionen von dem Elend derer, die in der bittersten Not zu ihnen kommen und ihnen ihren Jammer offenbaren; des Jammers der Kreise, die das letzte Wertstück, Möbel und Wäsche verkaufen müssen, um das durch die verruchte Frankenpolitik der Saarregierung verteuerte Stückchen Brot zu kaufen.

Sollen wir die Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre der freien und christlichen Organisationen fragen, daß sie uns erzählen von dem Elend der Sozialrentner, die, angewiesen auf ihre karglichen Pensionen oder Renten, langsam aber sicher dahinsinken. Deren Ende die Saarregierung will, damit diese Ärmsten der Armen nicht am Abstimmungstag mit dem Stimmzettel Abrechnung

halten können, wie vor kurzem treffend ein Arbeitervertreter in einer Versammlung sagte. Was könnten diese Arbeiterführer, die Anwälte der Armen, erzählen von der Not der bleichen, abgehärmten Frauen und Kinder, deren Ernährer draußen im Felde gefallen oder auf dem Schlachtfeld der Arbeit ihr Leben gelassen. Die heute mit 2—300 M. im Monat leben sollen oder besser gesagt verhungern müssen, während der Präsident der Regierungskommission Millionen und abermals Millionen Mark Gehalt „bezieht“. Wo der „Privatsekretärin“ des Herrn Präsidenten, wie einmal die „Volksstimme“ berichten konnte, silberne Löffel und andere Sachen auf „Staatskosten“ gekauft wurden, während die arme, abgearbeitete Witwe nicht mal die paar Pfennige aufbringt, um sich eine Wassersuppe kochen zu können. Die Kohlen zum Heizen müssen ja in Franken bezahlt werden — sie aber hat keine Mark, viel weniger Franken.

Deutsche Brüder und Schwestern im Reiche!

Gewiß gibt es auch jetzt im Saargebiet, wo man der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten mit dem Einsengericht des Frankens das Erstgeburtsrecht des Deutschtums abkaufen will auf Kosten der Allgemeinheit, in allen Kreisen eine große Anzahl Personen, denen es verhältnismäßig gut geht. Die gibt es überall.

Für diese zu bitten, treten wir nicht vor euch hin. Für all diese appellieren wir nicht an eure so oft bewährte Opferwilligkeit. Nein, wir rufen euch aus dem Saargebiet zu:

Helft unsern notleidenden Marktempfängern!

Denkt daran: der Winter steht vor der Tür! Täglich fast fällt der Wert der Mark, und all diese Kreise können nicht durch Lohn-

und Gehaltsbewegungen versuchen, ihr kümmerliches Einkommen zu erhöhen. Die Kohlen, die der preussische Staat den Bewohnern des Saargebietes auf Grund alter Gerechtsame zu einem billigen Preis lieferte, müssen jetzt zu teuern Frankenteuern eingekauft werden. So mußten im vorigen Winter, trotzdem im Saargebiet Kohlenüberfluß war und Feierschichten für die Bergarbeiter eingelegt wurden, Tausende von Familien frieren, da es ihnen an den Mitteln fehlte, die notwendigen Kohlen zu kaufen. Kleider, Schuhe und Lebensmittel, das alles ist noch viel teurer als im Reiche.

Mit Jagen und banger Sorge

sehen unsere Pensions- und Rentenempfänger, unsere Witwen und Waisen den kommenden Monaten entgegen.

Hilfe, dringende, schnelle und ausreichende Hilfe tut not. Laßt uns nicht im Stich. Habt bei all eurer eignen Not noch ein mitfühlendes Herz, eine offene, hilfsbereite Hand für euer deutsches Fleisch und Blut im Saargebiet.

Gebt gerne, gebt schnell und je nach Können. Viel Wenig geben ein Viel. Alle Stände unseres deutschen Volkes müssen einig und geschlossen sich hinter das deutsche Saargebiet stellen.

Reichen Segen wünschen wir, gegen unsern Willen von euch getrennte „Saarländer“, der opferwilligen Arbeit des Saargebietes. Möge der Bund „Saarverein“ Verständnis finden für seine Volksarbeit in allen Kreisen und Ständen. Ohne Unterschied der Konfession und Partei muß das gesamte deutsche Volk aufgerufen werden zum unblutigen Kampf der opferwilligen Hilfe für das

Deutsche Saargebiet!

Die Marktkatastrophe und das Saargebiet.

Poincaré regiert die Stunde und Poincaré c'est la guerre! Es wird immer klarer, daß es Poincaré war, der den furchtbaren Krieg systematisch vorbereitet und angezettelt hat, derselbe Poincaré, der heute das von Deutschland erprekte Alleinschuldbekenntnis dazu benutzt, um Deutschland völlig zu erdrosseln. Das war sein Kriegsziel, das er mit den russischen Generalen und Diplomaten des zusammengebrochenen zaristischen Reiches in jahrelanger, zäher, geheimer, ränkereicher teuflischer Diplomatenarbeit aufgestellt hatte und unter allen Umständen erreichen wollte. Und da die Welt langsam erfährt, wo die wahren Urheber des entsetzlichen Völkermordens zu suchen sind, wo sie ahnt, welche Gründe und Ziele mitgesprochen haben — gerade in diesem Augenblick setzt dieser selbe Poincaré alles auf eine Karte, um die Aufmerksamkeit der Welt von diesem heiklen Punkt abzulenken und sie durch eine neue furchtbare Gefahr ganz in Anspruch zu nehmen.

Poincaré will den „bösen Willen Deutschlands“ beweisen; er sagt, Deutschland muß die nach dem Reparationsplan festgesetzte — viel zu geringe — Summe zahlen, es zahlt nicht, weil es nicht will, also muß man es zum Zahlen zwingen durch Besetzung des Ruhrgebiets. Beschlagnahme der staatlichen Wälder und Forsten, Errichtung einer Zollschranke am Rhein usw.

Erfolg: Marksturz von 500 auf 2500! Poincaré sagt zwar, daß Deutschland diese Markentwertung selbst und absichtlich herbeigeführt hat, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Mark auf $\frac{1}{4000}$ ihres Friedenswertes entwertet ist. Wenn man sich etwas auf die französische Niedertracht einstellen könnte, dann würde man sagen, Frankreich hat diesen Marksturz mit Absicht und Fleiß herbeigeführt,

1. um Deutschland zahlungsunfähig zu machen und damit seinen bösen Willen zu „beweisen“,
2. um billige Kohlen von Deutschland zu beziehen und damit glänzende Geschäfte zu machen — auf Englands Kosten,
3. um aus der dadurch hervorgerufenen wirtschaftlichen Notlage u. a. auch im Saargebiet politischen Nutzen zu ziehen.

Vieles deutet darauf hin, daß es so ist. Frankreich hat alles versucht, um die in Versailles nicht erreichte Annexion

des Saargebiets nachträglich durchzusetzen. Alle Versuche scheiterten an der deutschen Treue der Saargebietsbevölkerung. Man wandte daher wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen an. Eine von vielen ist die Frankenteuer, gefördert und betrieben von der Saarregierung. Sie war für das saarländische Wirtschaftsleben von den allerverhängnisvollsten Folgen begleitet. Während auf der einen Seite die Frankenteuer im Saargebiet, in welchem die deutsche Mark eigentliche Währungsmünze ist, ihr gutes und teilweise recht gutes Auskommen haben, leiden die Markverdiener bei der engen Berührung mit den Franken zum Teil aröte Not. Diese Wirkungen waren durchaus beabsichtigt und darauf gerichtet, die Saargebietsbevölkerung müde zu machen und in zwei Lager zu spalten. Die Absicht ist nur in ganz geringem Umfange erreicht, da die überwiegende Mehrheit der Frankenteuerdiener zwar die französische Währung gern nimmt, dadurch ihre deutsche Gesinnung aber keineswegs beeinflussen läßt. Neben dieser Wirkung zeigte sich eine andere. Die saarländische Industrie ist gezwungen, die Saarkohle mit Franken zu bezahlen, teilweise ihre Rohprodukte (z. B. Lothringer Erze) durch Franken zu beziehen, so daß sich ihre Produktion wesentlich verteuerte. Dadurch wurde die Saarindustrie teilweise konkurrenzunfähig auf dem deutschen Markte, während Frankreich seine Grenzen gegen die saarländische Konkurrenz möglichst abschloß. Die weitere Folge davon waren Betriebs-einschränkung und damit Verdienstverminderung für die Arbeiterschaft.

Trotz dieser offensibaren schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen ließ aber die Saarregierung von ihrer Frankenteuerpolitik nicht ab, sondern suchte mit Hilfe des französischen Propagandaorgans und erkaufte politischer Agenten weiter Stimmung für die Einführung der Frankenzahlung zu machen.

Diesem Bestreben kam die französische Gewaltpolitik gegen Deutschland zu Hilfe, die eine geradezu katastrophale Entwertung der Mark herbeiführte und damit im Saargebiet den Kaufwertunterschied zwischen Mark und Frank erheblich verschärfte. Diesen Zeitpunkt haben sich die Saarregierung und ihre Hintermänner zunutze gemacht, um jetzt einen neuen energischen Vorstoß zur weiteren Einfüh-

zung der Frankenzahlung im Saargebiet zu machen. Mit Hilfe gekaufter charakterloser Subjekte hat man unter der Industriearbeiterschaft des Saargebietes lebhaft agitiert und sie zu Demonstrationen aufgeputzt, in denen der Frankenlohn gefordert wurde. Durch den Ausschluß des Pseudokommunisten Walz aus der kommunistischen Partei des Saargebietes hat man erfahren, daß gewissen Arbeiter-„führern“ im Saargebiet von französischer Seite erhebliche Geldmittel zugewendet wurden, damit diese die Politik ihrer Parteien bzw. Gewerkschaften im Sinne der französischen Annexionspolitik beeinflussen. Heute erleben wir einen neuen Beweis für den Erfolg dieser Agententätigkeit. In den letzten Tagen haben wiederholt im Saargebiet von seiten saarländischer Industriearbeiter Frankendemonstrationen stattgefunden, die, wie das französische Propagandaorgan in einem unbewachten Augenblick freimütig eingesteht, „ohne gewerkschaftliche Führer ausgeführt wurden“. Wenn man verstehen kann, daß die Arbeiter des Saargebietes, die in unmittelbarer Berührung mit dem hochwertigen Frank stehen, bei der jetzigen Marktfatastrophe das kaufkräftigere Zahlungsmittel zu erlangen suchen, so darf auf der anderen Seite nicht übersehen werden, daß sie sich zu der Frankforderung noch leichter bereit finden ließen unter dem Einfluß einer verwerflichen französischen Agentenpropaganda.

Die saarländische Presse weist darauf hin, daß es mit der Frankendemonstration allein noch nicht getan ist. Diejenigen, die den Franken zahlen sollen, nämlich die weiterverarbeitende Industrie, die Handwerker und das sonstige Gewerbe, verfügen nur in ganz geringem Umfange über Frankeneinnahmen und wären zum sofortigen wirtschaftlichen Zusammenbruch verurteilt, wenn sie gezwungen würden, ihre Arbeiter und Angestellten in Franken zu bezahlen. Die demonstrierenden Arbeiter sehen natürlich nicht die schwerwiegenden Folgen, die für sie selbst etwa eine allgemeine Einführung des Franken im Saargebiet nach sich ziehen müßten, da dann einmal der Währungsunterschied wegfällt, und zweitens die bittere Not, die heute nur einen Teil der Bevölkerung des Saargebietes erfaßte, sich bei fortschreitender Entwertung des Franken auf alle Volksschichten im Saargebiet ausdehnen müßte. Und die Ent-

wertung des Franken hängt aufs engste mit der Entwicklung des Marktkurses zusammen. Darauf haben die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften hingewiesen, ihre Warnungen sind aber überhört worden angesichts der gleichnerischen Versprechungen mit französischen Franken bezahlter Provokateure.

Schon der Hinweis auf die lothringische Arbeiterschaft müßte genügen, um der saarländischen Arbeiterschaft die Augen zu öffnen über den Abgrund, dem sie durch ihre Frankendemonstrationen zutreiben. Ihre Führer haben des öfteren darauf hingewiesen, daß die Bezahlung der deutschen Bergarbeiter auf den französischen Saargruben wesentlich geringer ist als der lothringischen Arbeiter in Lothringen.

Im „St. Ingberter Anzeiger“ wird darauf hingewiesen, daß die Nervosität, die sich in den letzten Tagen gezeigt habe, langsam wieder gewichen sei, und in allen Kreisen würden Stimmen laut, welche der zukünftigen Entwicklung, die wir im Saargebiet noch erleben werden, mit schwerer Sorge entgegensehen. Durch Einführung des Franken wären Wirtschaftskrisen, Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit die unausbleiblichen Folgen, Handel und Wandel würden lahmgelegt werden, und dem jetzt blühenden Saargebiet würde es genau so gehen wie den anderen Ländern mit ihrer hohen Valuta. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Franken, der heute im Ausland nicht einmal die Hälfte seines früheren Wertes hat (in der Schweiz erhält man für 100 französische Franken nur noch 40 Schweizer Franken), in den nächsten Monaten noch weiter sinken wird.

Da man aber weiß, daß hinter den Frankendemonstrationen französische Provokateure stehen, so weiß man auch, daß hier nicht wirtschaftliche, sondern politische Gründe mitsprechen. Es ist gewiß, daß die augenblickliche Lage im Saargebiet trostlos ist, trostloser als im übrigen Deutschland. Diese Notlage aber entspricht französischen politischen Druckmitteln mit politischen Absichten. Sagte doch Poincaré vor wenigen Wochen: „Es würde mir weh tun, wenn Deutschland zahlen würde, denn dann müßten wir unsere Eroberungspläne im Rheinland aufgeben.“

In diesen Eroberungsplänen liegt die jetzige Marktfatastrophe und die trostlose Lage im Saargebiet begründet.

Die „bedrohte“ Autorität der Saarregierung.

Rault beklagt sich beim Völkerbund.

Die Saarregierung hat Veranlassung genommen, sich in ihrem „12. periodischen Bericht an den Völkerbund“ bitter zu beklagen,

1. weil die Bevölkerung hinsichtlich des Landesrats und anderer Maßnahmen der Regierungskommission nicht ihrer Meinung ist,
2. weil deutsche Parlamente und deutsche Minister es gewagt haben, über die Verhältnisse im Saargebiet die Wahrheit zu sagen.

Die Wahrheit fürchten die maßgebenden Herrschaften der Regierungskommission überhaupt wie das Feuer. In dem erwähnten Bericht ist über die politische Lage u. a. folgendes gesagt:

... Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Tageszeitungen und die politischen Parteien des Saargebietes, nachdem sie 14 Tage lang sich sehr zurückhaltend gezeigt haben, die **Verordnung über den Landesverrat sehr heftig angriffen**. Verschiedene politische Parteien haben wissen lassen, daß sie an den Wahlen nicht teilnehmen. Die eine von beiden hatte sogar geschlossen und öffentlich erklärt, daß sie Wahlenthaltung üben würde.

Der Wahlkampf ist, wenn er auch verhältnismäßig kurz gewesen ist, sehr lebhaft von den Kandidaten der verschiedenen Listen geführt worden. In verschiedenen dieser Rundgebungen, in Presseartikeln, die in der Wahlperiode veröffentlicht worden sind, und in verschiedenen von den Kandidaten gehaltenen Reden ist der Versuch festzustellen, aus dem Landesrat nicht ein Organ der Zusammenarbeit der Bevölkerung mit der Regierungskommission, sondern ein Organ systematischer Opposition zu machen, das dazu bestimmt ist, ihre Aufgabe noch schwieriger zu gestalten und die Regierungskommission zu zwingen, zugunsten des Landesrates Befugnisse aus den Händen zu geben, die ihr durch den Friedensvertrag zugewiesen sind

und von denen der Völkerbundsrat am 26. Mai erklärt hat, daß er ihre Begebung nicht zulasse. Verschiedene Redner, deren Reden leicht wiedergegeben werden können, haben die Wahlperiode sogar dazu benutzt, um die Bevölkerung gegen die im Saargebiet eingeführte Ordnung aufzureizen und in ihr die Hoffnung auf eine Abänderung der Zollbestimmung zu erwecken. Die Regierungskommission kann eine derartige Hege, die die Gemüter verwirrt und in wirtschaftlicher Hinsicht die notwendigen Anpassungen verhindert, nur beklagen. Sie kann für ihren Teil, so lebhaft sie auch eine regelrechte und fruchtbringende Zusammenarbeit mit dem Landesrat begrüßen würde, ihre Verordnung vom 24. März 1922 nicht übertreten lassen. ...

Soweit die Ausführungen der Regierungskommission zur Frage des Landesrats. Was sie hier sagt, ist so ungeheuerlich, daß man sich fragen muß, ob der Völkerbund sich auf die Dauer eine solche tendenziöse Berichterstattung gefallen lassen muß. Die Quintessenz dieser Ausführungen ist die:

Die Bevölkerung des Saargebietes hat über die Idee der Demokratie und einer Völkerbundsregierung eine andere Meinung als wie man sie in Paris hat. Herr Poincaré hat dies Herrn Rault sehr ungehalten zu verstehen gegeben. Deshalb verlangt der Herr Rault vom Völkerbund die Genehmigung, die Saargebietsbevölkerung völlig mundtot machen zu können!

Dann die Anklagen gegen die deutsche Regierung. In dem Bericht heißt es:

„Bevor ich den politischen Teil dieses Berichts beende, muß ich die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf die ernststen Folgen lenken, die die ungerechtfertigten Angriffe, denen sie in dieser letzten Zeit von seiten der deutschen Regierung in offiziellen Reden ausgesetzt war, für die Erfüllung der Aufgaben der Regierungskommission haben. Nacheinander haben der Herr Präsident des preussischen Landtages, der Herr

Präsident des bayerischen Landtages, der Herr Minister des Auswärtigen und der Herr Kultusminister von Bayern geglaubt, im Parlament die Regierungskommission angreifen zu müssen. Die am 21. Juni im Reichstag von Herrn Dr. Rathenau gehaltene Rede bedarf einer besonderen Erwähnung. Die Regierungskommission kann nur feststellen, daß die vorerwähnte Rede lediglich verschiedene bereits vor dem Völkerbundsrat, sei es durch Denkschriften der Bewohner des Saargebietes, sei es durch verschiedene Noten der deutschen Regierung gebrachte Beschwerden wiedergibt. Keine dieser Beschwerden ist vom Völkerbundsrate anerkannt worden, der vielmehr im Monat März der Regierungskommission öffentlich ein neues Zeichen des Vertrauens gegeben hat. Die Punkte, bei denen der verstorbene Herr Dr. Rathenau am längsten verweilt hatte, Umlauf des französischen Geldes, Gegenwart von Garnisonstruppen und die Saareinwohnerereignisse sind auf Antrag der deutschen Regierung von dem Völkerbundsrat genau geprüft worden, der den Protesten dieser Regierung nicht geglaubt hat, Folge geben zu müssen. Die Regierungskommission

ist also erstaunt, daß man sie der Verletzung des Friedensvertrages angeschuldigt hat auf Grund von Maßnahmen, die vom Völkerbundsrat gebilligt worden sind. Sie kann derartige heftige und ebenso ungerechte Angriffe nur bedauern, die dazu geeignet sind, Verwirrung in die Gemüter der Bewohner des Saargebietes zu bringen. Sie greifen nicht nur ihre Autorität, sondern auch die des Völkerbundes an, da sie die Verfügungen, die dessen Billigung erhalten haben, als entgegen dem Friedensvertrag erklären. Die Regierungskommission hat also Grund, gegen derartige Anschuldigungen die Unterstützung des Völkerbundsrates anzurufen.

Die „arme Autorität der Saarregierung“, sie gerät ins Wanken, wenn von deutscher Seite die reine Wahrheit gesagt wird; sie wird aber gehoben, wenn Herr Loucheur Herrn Rault daran erinnert, „was Frankreich von ihm erwartet“ und wenn er Anweisung von Paris erhält, nachträglich zu erreichen, „was englischer Neid und amerikanische Mißgunst Frankreich nicht vergönnt hat“ — nämlich die Annexion!

Auch eine Hungerblockade.

Von Wilh. Sollmann, Mitglied des Reichstages.

Eines der raffiniertesten Mittel französischer Politik im Saargebiet ist die Einführung der Frankenwährung für große Teile des Wirtschaftslebens. Sie hat die Lohn- und Gehaltsempfänger wirtschaftlich in zwei große Gruppen gespalten: Marktempfänger und Frankenempfänger. Nach einem Sonderbericht der Regierungskommission in Saarbrücken vom 1. Februar 1922, der nur schlecht die Genugtuung über das Vordringen des Franken verbergen kann, wurden schon zu Beginn dieses Jahres rund zwei Drittel der Bevölkerung in Franken bezahlt. Er mußte ihnen aufgezungen werden, weil die wirtschaftlich über den Tag hinaus denkenden Teile des Volkes wissen, daß der Franken die Industrie des Saargebietes, deren Absatzmärkte natürlich außerhalb des kleinen Landesteiles liegen, im Wettbewerb hemmen und so die blühende Wirtschaft dieses wichtigen industriellen Gebietes schädigen muß. Schlimme Vorboten dieses Unheils sind schon eingetroffen.

Davon abgesehen, ist die teilweise Einführung der Frankenwährung nichts anderes als eine neue Art der Hungerblockade gegen den Teil der Bevölkerung, der auf Markteinkommen angewiesen ist. Da je nach dem Kursstande die Frankenempfänger ein mindestens um das drei- bis fünffache hohes Einkommen haben als die Marktempfänger, sind sie auch um das mehrfache kaufkräftiger; die Warenpreise folgen dem Franken, und die Marktempfänger sind zu einem hoffnungslosen

Darben verurteilt, von dem man sich im Reiche keine rechte Vorstellung macht.

Zum Verständnis dieser Erscheinung seien die Einkommen von Frankenempfängern im Saargebiet und von Marktempfängern diesseits der Grenze gegenübergestellt: Am 1. April 1920 war das Durchschnittseinkommen des in Franken entlohten Bergarbeiters im Saargebiet (Frankenfurs 3,84 M.) = 15 060 M. jährlich. Der Arbeiter im deutschen Grenzgebiet verdiente 6492 M.; der Frankenempfänger im Saargebiet also 8568 M. mehr. Die Spannung wurde immer größer, je mehr unsere Mark sank. Am 1. Juli 1920 verdiente der Frankenempfänger 17 832 M., am 1. Dezember 1921 39 736 M., am 1. April 1922 87 660 M. im Jahre mehr als der Marktempfänger im Grenzgebiet. Im Saargebiet selbst ist der Unterschied ähnlich.

Diese Auslaugung der mit Papiermark entlohten Arbeiter, Angestellten und Beamten durch valutastarke Elemente lastet auf ihnen wie ein Alp. Sie wenden sich in verzweifelter Hilferufen an das Parlament, und sie weisen mit Recht darauf hin, es sei an keiner Grenze so schlimm wie an der des Saargebietes.

Auch die mit ihren Frauen und Kindern im Saargebiet und im Grenzstreifen hungernden Marktempfänger sind eine Anklage gegen die Französisierungspolitik an der Saar und gegen das System überhaupt, das sich in den Folgen des Friedensvertrages auswirkt.

Der Versailler Friede — ein zehnjähriger Krieg in Mitteleuropa!

Der Ausspruch des genialen preussischen Strategen Clausewitz: „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, hat durch Poincaré-Clemenceau die furchterliche Umdeutung erfahren: „Der Friede ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen (wenns drauf ankommt, sogar mit denselben) Mitteln.“

Das Ziel der französischen Politik Deutschland gegenüber ist keineswegs die Sicherstellung der Reparationsforderungen, sondern ganz klar und unzweideutig: Annexion der Rheinlande und vollständige wirtschaftliche und politische Erdrosselung Deutschlands. Frankreich will nicht bezahlt werden — sondern es will die Forderungen mit allen Mitteln so überspannen, daß Deutschland nicht bezahlen kann. Poincarés eigene Worte sind: „Mir für meinen Teil würde es weh tun, wenn Deutschland zahlte. Dann müßten wir das Rheinland räumen, und so würden wir den Nutzen unserer Experimente verlieren, die wir unternehmen, um friedlich, aber mit den Waffen in der Hand (!) die Bevölkerung am Ufer des Grenzflusses zu erobern. Ich für meinen Teil ziehe die Eroberung dem Geldeinstreichen vor.“

Frankreich intrigiert im Rheinland, inszeniert mit unbegrenzten Geldmitteln riesige Propagandaseldzüge und hochverräterische Sonderbündleraktionen, Frankreich verflacht trotz des sogenannten „Völkerbundesregimes“ das Saargebiet, Frankreich konspiriert militärisch und politisch mit Polen und der kleinen Entente, versucht Litauen in seine Netze zu ziehen, das Memelgebiet unter sein Protektorat zu bekommen, Bayern und Oesterreich auf irgendeine Art deutschfeindlich zu machen — Frankreich macht sich jetzt sogar an Dänemark bezüglich Nordschleswigs heran: Frank-

reich will einen Erdrosselungsgürtel um Deutschland legen.

Dieses Ziel ist alte politische Tradition Frankreichs, begründet in der ununterbrochenen hysterischen Expansionspolitik dieses Staates.

Zwei Tatsachen mögen reden und beweisen:

1. In dem neuen Buche des Franzosen Mermeiz, das unter dem Titel „Der Kampf der Drei“ die Intrigen Clemenceaus, Poincarés und Fochs zur Loslösung des Rheinlandes vom Deutschen Reich darstellt, findet sich folgender Bericht über die Sitzung des französischen Ministerrats vom 25. April 1919, die Mermeiz ausdrücklich als „historisch“ bezeichnet. Poincaré, der damals Präsident der Republik war, führte den Vorsitz. An der Erörterung beteiligte sich außer Foch Clemenceau, der sich über den von Wilson und Lloyd George geleisteten Widerstand gegen die französische Vernichtungspolitik beschwerte und folgende Worte an Poincaré richtete:

„Herr Präsident! Sie sind jünger als ich. In 15 Jahren (die festgesetzte Frist für die Besetzung der Rheinlande!) werde ich nicht mehr am Leben sein. Nach diesen 15 Jahren werden aber auch die Deutschen den Friedensvertrag nicht erfüllt haben, und wenn Sie mir dann die Ehre erweisen und mein Grab besuchen, dann bin ich sicher, daß Sie mir melden: „Wir stehen am Rhein und da bleiben wir!“

2. Ueber eine Unterredung mit Clemenceau berichtet in der französischen Wochenschrift „Le progrès civique“ der französische General Percin, der im Jahre 1904 aus dem Kriegsministerium austrat, um das Kommando einer Infanteriedivision zu übernehmen. Percin machte dem Ministerpräsidenten einen Besuch

und erzählt hierüber: „Endlich“, sagte ich, „keine Politik mehr! Ich werde jetzt lieber meine ganze Zeit dem Kriege widmen, wobei ich die große Hoffnung habe, daß wir keinen Krieg mehr haben werden.“ Zu meinem großen Erstaunen erwiderte Clemenceau, den ich bisher für einen Pacifisten hielt: „Der Krieg wird kommen, die beiden Länder müssen sich noch einmal schlagen.“ „Gut“, antwortete ich, „er wird vielleicht gewünscht von weißhaarigen Generälen, denen seit 1871 gesagt worden ist, daß sie den Marshallstab auf dem rechten Rheinufer holen müßten. Es wird vielleicht von Industriellen

für Kriegsmaterial gewünscht. Aber das französische Volk wünscht doch nur, solange wie möglich im Frieden zu leben und zu arbeiten.“ Clemenceau antwortete mir: „Wir sind nicht nur auf der Welt, um zu essen.“

„Fünfzehn Jahre später, nachdem 1919 der gegenseitige Schlag ausgetauscht worden war“, fährt Percin fort, „sagte Clemenceau in einer Unterredung mit Stabsoffizieren: „Haben Sie keine Angst um Ihre militärische Karriere. Der Friede, den wir uns gesichert haben, sichert uns einen zehnjährigen Konflikt in Mitteleuropa.“

Der „Nouveau Courrier de la Sarre“ im amtlichen französischen Pressedienst.

In Koblenz erscheint seit etwa einem Jahre ein „Nachrichtenblatt zur rein sachlichen Berichterstattung der Ratsch- und Sekmeldungen über das besetzte Gebiet“, herausgegeben vom amtlichen französischen Pressedienst. Das Blatt ist nicht so harmlos, wie es nach seinem ziemlich langen Titel vermuten läßt; wenn es allerdings seine Aufgabe lediglich entsprechend dieses Titels erfüllen wollte, würde sich die Herausgabe nicht lohnen. In Wirklichkeit ist die Aufgabe dieses Blattes die französische Propaganda, die darin besteht, der rheinischen Bevölkerung zu erzählen, wie „rechtlos“ sie unter der preußisch-deutschen Regierung sei und welche „Freiheiten“ sie genießen würde, wenn sie der französischen Regierung unmittelbar unterstellt wäre.

Ein beliebtes Thema ist die Frage der Schuld am Kriege, die in der rheinischen Presse mit keinem Sterbenswörtchen erwähnt werden darf. Um so eifriger wird sie in dem französischen Blättchen erörtert und mit den bedenklichsten Astrobenfunktstücken immer wieder „bewiesen“, daß Deutschland allein den Krieg angezettelt, die schauerlichsten Verbrechen begangen habe usw. Und das alles, obwohl es in der ganzen Welt keinen Menschen mehr gibt, der nicht weiß, daß die Schuld Frankreichs am Kriege mindestens so groß ist als die Deutschlands, Rußlands, Englands usw. Die wenigen veröffentlichten russischen Dokumente haben den Beweis erbracht, daß Poincaré mit aller Kraft auf den Krieg hinarbeitete, er selbst hat dies ja in seiner jüngsten Rede bestätigt mit den Worten: „Wir haben auf diesen Tag gewartet, sehnsüchtig gewartet.“ Und wer auf etwas wartet, der ist auf dieses „Etwas“ vorbereitet, hat sich vorbereitet. Frankreich hat auf diesen Krieg gewartet, hat sich darauf vorbereitet, nach allen Regeln der Kunst den Krieg vorbereitet. Das steht attemmäria und nach Poincarés eigenen Worten unumstößlich fest. Davon dürfen die Rheinländer aber nichts erfahren, nur das unwahre Gegenteil durch das französische „Nachrichtenblatt“ zu rein sachlicher Berichterstattung der Ratsch- und Sekmeldungen.

Und das französische Propagandaorgan an der Saar leistet ihm bereitwilligste Hilfe. Es behandelt die Schuldfrage genau nach demselben Rezept und schöpft auch im übrigen sein Heh- und Verdächtigungs material aus Quellen, die nicht immer nachprüfbar und lauber sind. Daneben druckt es gern Nachrichten und Zitate aus deutschen Blättern nach, die scheinbar ein Interesse daran haben, Deutschland eine größere Schuld am Kriege und keinen Kollaps anzudichten, als es tatsächlich der Fall ist. Daß man sich dabei gerade auf das „Nachrichtenblatt“ bezieht, ist außerordentlich bezeichnend. Die „Zeit“ hatte berichtet, daß

einer Witwe in einem Eiseldorf, deren Mann von einem Besatzungssoldaten erschossen worden war, jegliche Schadenersatzung von der Besatzungsbehörde verweigert worden sei, „da sie keinen Schaden erlitten habe“. Das „Nachrichtenblatt“ stellte fest, daß sich ein solcher Fall nicht zugetragen habe. Der „Welt am Montag“ war diese Mitteilung des „Nachrichtenblattes“ vollkommen ausreichend, um gegen die „zahllosen Greuelgeschichten aus dem besetzten Gebiet, wie sie eine gewisse Presse systematisch verbreitet“, entsprechend Stellung zu nehmen.

Das Franzosenblatt an der Saar beeilte sich natürlich, diese Angelegenheit unter der Überschrift „Material zur Völkerverheerung“ zu behandeln.

Aber merkwürdig: Den Fall Kenneweine in Saarbrücken hat man vergeblich im „Nouveau Courrier de la Sarre“ gesucht. Der Kaufmann Otto Kenneweine wurde bekanntlich von dem französischen Unteroffizier Leon Josef Pillard ohne jegliche Veranlassung totgeschossen. Der Mörder wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, ohne daß eine Gewähr besteht, daß diese Strafe auch verbüßt wird — es war ja nur ein Saarbochel. Die Familie Kenneweine ist in die bitterste Not geraten, die französische Besatzungsbehörde hat jede Entschädigung abgelehnt. Diese Tatsache kann der „Saarurier“ selbst nicht mit Hilfe des amtlichen französischen Pressedienstes ableugnen; er entrüstet sich auch nicht über diese Bluttat, genau so wenig, wie er sich über die Bestialität eines farbigen Franzosen gegen die Studentin Schur entrüstet hat. Solche „Schauer geschichten“ werden also nicht nur von einer gewissen Presse verbreitet, sie gründen sich vielmehr auf leider nur zu traurigen Tatsachen, die weder in Koblenz, noch in Saarbrücken, noch in Berlin weggewischt werden können; sie bilden das Material der Völkerverheerung, und weder die Herren Weber und Konsorten noch ihre Helfershelfer in Koblenz, Berlin und anderswo bringen auch nur den Schein einer Entrüstung auf, solche Fälle vor aller Welt zu brandmarken. Es sind ja nur Vöcher! Aber wehe, wenn einem „französischen Kulturträger“ auch nur durch die ungenaue Darstellung von Einzelheiten zu nahe getreten wird!

Herr Kenneweine, Fräulein Schur wurden von französischen Soldaten ermordet, Entschädigung entweder überhaupt verweigert oder nur in ganz geringem Umfange zugestanden, und die Mordbuben laufen heute noch herum! Und was sich sonst an Uebelthaten französischer Soldaten im Saargebiet während der langen Zeit der Besatzung zgetragen hat, die Saarbevölkerung weiß es und wird es nicht vergessen, trotz „Nachrichtenblatt“ und „Nouveau Courrier de la Sarre“.

Die „Segnungen“ französischer „Kultur“ im Saargebiet.

Wie die Saargroßstadt sich zu ihrem Nachteil verändert hat, darüber klagt ein wohlmeinender Bürger in der Saarpresse, indem er u. a. schreibt: Vor und während dem Kriege war unsere Großstadt, trotz der Schwerindustrie, die in nächster Nähe arbeitet, als sauber anzusehen. Beachtet man heute das Straßenbild, kann man nur Vergleiche mit dem Westen oder dem äußersten Osten ziehen. Die schmutzigen Hauptstraßen, dazu die „Nachtwächter“ in den Anlagen und an stillen Orten, kündigen einen neuen Zeitalterschnitt an. Auf der Luisenbrücke fehlt auch jede Ordnung, die Schilder „Rechts gehen“ werden nur noch von eingesperrten Spießern beachtet. Daß unsere Polizei diese Einnahmequelle nicht mehr nötig hat, ist vielleicht auf den hohen Krankentums zurückzuführen. Die Autorserei hat bis auf die Saargemünder Straße etwas nachgelassen. Könnten die aufmerksamen Beamten von Malsatt nicht einmal im Ostviertel von Saarbrücken 1 ihren Dienst versehen? Die Hundepelage breitet sich immer mehr aus. Besteht die Polizeiverordnung nicht mehr, nach der das Mitbringen von Hunden in öffentlichen Lokalen verboten ist? Sind heute in einer Wirtschaft zehn Gäste, kann man bestimmt ein Duzend Hunde zählen. In den Lebensmittelgeschäften war früher das Anfassen von Nahrungsmitteln polizeilich

verboten. Wurft mit Mehlzuck und Margarine mußten durch Schilder kenntlich, auch getrennt verkauft werden, und heute? Greift die Polizei nicht bald mit eisernem Besen gegen jede Uebertretung, von welcher Seite sie auch kommen mag, ein. So wird die Saarmetropole bald einen traurigen Ruf genießen. Man mag über die vergangene mustergültige Regelung des Verkehrslebens denken wie man will, das Sprichwort: „Ordnung ist das halbe Leben“, sollte von denen, die es angeht, besser beachtet werden.

Sehr bezeichnend für die derzeitigen Zustände im Saargebiet ist auch folgende „kleine Anfrage“ des demokratischen Landratsmitgliedes Dr. Scheuer an die Saarregierung:

Die Stadt Saarbrücken hatte bei der Regierungskommission beantragt, ihr zu gestatten, zur Deckung des auf die Stadt entfallenden Anteils der Polizeikosten, die durch die Zwangsheilung der Prostituierten entstehen, eine Abgabe von den Prostituierten zu erheben. Die Regierungskommission hat das ohne Angabe von Gründen abgelehnt.

Ist die Regierungskommission bereit, die Anfrage zu beantworten, aus welchen Gründen sie den Antrag der Stadt abgelehnt hat?

Bäder und Heilquellen im Saargebiet.

Die Heilquelle in Mettlach.

Von Hermann Joseph Beder.*

Günstige Gelegenheiten der Salzverförgung haben eine Völkerschaft niemals ganz gleichgültig gelassen. Fordert doch schon der menschliche Organismus derart entschieden Salz in seinen Nahrungsmitteln, daß selbst das Leben in Gefahr geriete, würde dem Körper die Salzzufuhr unterbunden. So konnte es gar vorkommen, daß Völkstämme, deren Land keinerlei Salzausbeute bot, darob blutige Fehden führten und andern Völkern, die wieder über reiche Salzsätze geboten, tributpflichtig wurden. Orte mit Salzgewinnungsmöglichkeiten haben aber erklärlicherweise um so wirksamer die menschliche Ansiedlung begünstigt.

Es mag vielleicht nicht reiner Zufall gewesen sein, daß bei Gründung einer Abtei in dem hochromantischen Saartale gerade die Stelle „Medio-lacum“ (inmitten des See- und Sumpfgeländes und des Saarflusses) ausersehen wurde, zumal die Benediktiner doch sonst mit Vorliebe Höhenlagen für ihre Klosterbauten zu wählen pflegten. Auch würde es keinesfalls der frommen Sage von dem herzoglichen Gründer, dem hl. Lutwinus widersprochen haben, wenn die Abtei an einem andern Orte dieses Tales entstanden wäre, als gerade in unmittelbarer Nähe eines wassertretchen Salzbornes, der einzigen Salzquelle weit und breit. Und die befand sich ja eben dort in Medio-lacum, mitten in dem noch ganz versumpften Talgelände.

Die Benediktiner waren nun nicht nur Männer des Geistes und der Wissenschaft, sie waren Kulturpioniere überhaupt und schufen mit eigener Hand inmitten der schier undurchdringlichen Wildnis ihre herrlichen Abteien, Kirchen und Klostergebäude, sie machten das Land urbar und förderten Landwirtschaft und Handwerk. Daß sie in Medio-lacum etwa ausgerechnet den Salzborn unbeachtet gelassen oder vernachlässigt hätten, ist eigentlich kaum denkbar. Zwar erwähnt der Chronist die Quelle erst unter dem Abt Niso II, der höchstens bis zum Jahre 1095 den Krummstab der Abtei führte, seit deren Gründung inzwischen 400 Jahre verflossen waren. Wenn er aber schreibt: „et in fonte salis multum laboravit causa honoris loci et utilitatis fratrum“ (er arbeitete viel an der Salzquelle, der Ehre des Ortes und des Nutzens der Brüder wegen), so geht aus diesen Worten gewiß deutlich genug hervor, daß der Salzborn in großem Ansehen stand, daß er dem Orte zu einer besonderen Ehre gereichte und daß die Brüder auf jeden Fall reichlich Salz daraus gewonnen haben. Insofern ist ihm nicht noch außerdem als Heilquelle benutzten. Demnach ist auch die Annahme nicht ganz un begründet, daß der Salzborn schon weit früher, wenn nicht gar bei der Ansiedlung der Mönche und der näheren Auswahl des Ortes in erheblichem Maße berücksichtigt wurde.

Zum ersten Male findet sich der Salzborn in einer Urkunde vom 23. Juli 1218 erwähnt. Darin erklären Simon, Herr von Montclair und Emergard, seine Gemahlin, daß sie auf die Salzquelle zu Medio-lacum und die im Walde des Klosters gefundenen Bienenschwärme, sowie auf einen gewissen Teil des Ertrages der Büßen der Gerichte keinen Anspruch haben und daß sie das Kloster früher dadurch beeinträchtigten. (In erastino J. Marie Magdalene.)

Dieser Simon v. Joinville und Baucouleurs, Seneschall der Champagne und durch seine Heirat mit Emergard (Irmgard), der Tochter Arnulphs von Montclair, zugleich Herr von Montclair geworden, scheint der Abtei kein sonderlich angenehmer Nachbar gewesen zu sein. Vielmehr lassen die nüchternen Angaben der Urkunde der Vermutung Raum, daß Simon schon einmal tapfer an sein Schwert schlug, wenn er auf seine Eroberungen auszog und daß er dabei auch die Mönche wohl einzuschüchtern verstand.

* Im Unterhaltungsblatt der „Saarbrücker Zeitung“.

Wie anders hätte er sonst den Salzborn angesichts des Konventes längere Zeit hindurch auf eigene Faust ausbeuten und dem Kloster noch jedes Anrecht daran absprechen können. Und der Abt von Medio-lacum hätte sich schließlich auch auf andere nachbarliche Ueberraschungen gefaßt halten dürfen, wäre er nicht rechtzeitig gegen die freche Zubringlichkeit des allzu schneidigen Burgherrn vorgegangen. Dessen Schwiegervater, ein Edler aus dem lothringischen Geschlechte von Walecourt, hatte die Burg nämlich nur als Lehnsherr des Erzbischofs von Trier erbauen dürfen, und es mußte sich daher wohl oder übel auch sein Eidam ein ernstes Wörtlein von dieser kirchlichen Instanz gefallen lassen. Dafür hatte nun der Abt gebührend vorgesorgt und Simonchen auch endlich etwas klein bekommen. Doch war er klug genug, von einem gedemütigten Ritter nicht mehr allzuviel des Guten zu erwarten. Vielleicht daß er den Burgherrn ob der Einfalt seines Sinnes und Trachtens nach Salz gar bemitleidete, weil er sich schließlich zu einer noch besonders wohlwollenden Uebereinkunft bereit fand. Es mochte ihm wohl auch geratener erscheinen sein,

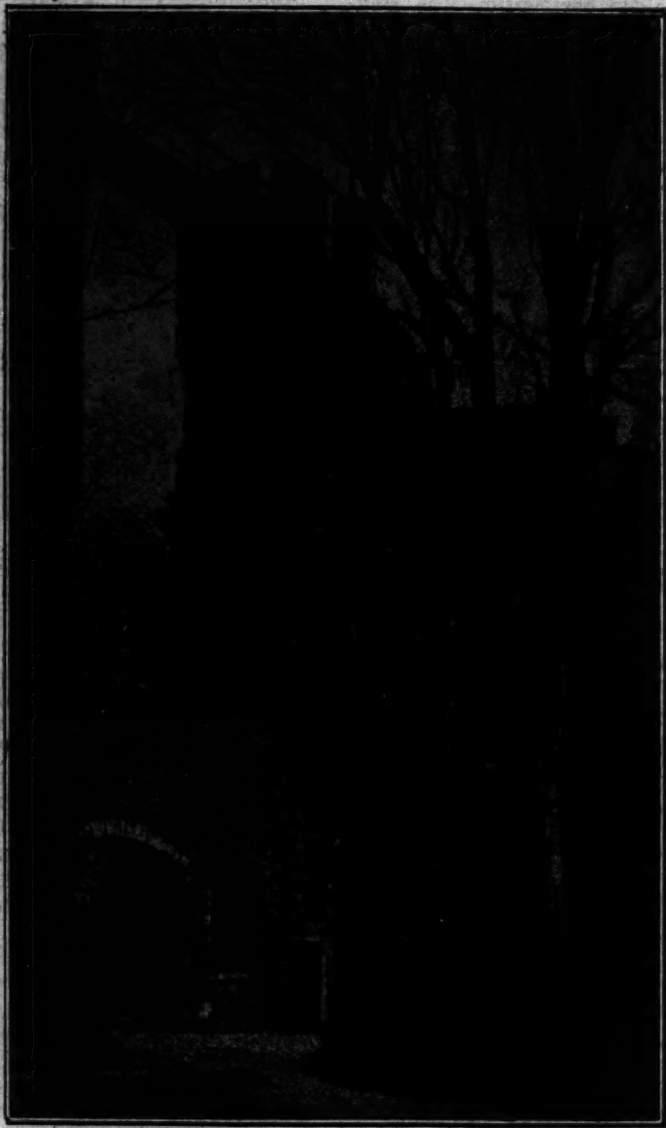
lieber ganz auf den Salzborn zu verzichten, als des unbehaglichen Gefühles nimmer ledig zu werden, einen bewehrten Nachbarn des Unrechts überführt zu haben. Also verpachtete der kluge Prälat den Salzborn an den Burgherrn, indem er sich als Pachtzins für die Abtei den zwanzigsten Teil des Salztrages ausbehielt. Der Vertrag schloß jedes sonstige Anrecht auf die Quelle aus und sollte mit dem Tode Simons wieder erlöschen. Darüber spricht sich die Urkunde vom November 1221 des näheren aus, da Simon bekennt und kund tut, von Abt Johannes die Salzquelle im Spitalgarten zu Medio-lacum auf Lebenszeit für den 20. Teil des Ertrages gepachtet zu haben, ohne daß seine Erben jemals einen Anspruch auf den Salzborn geltend machen können.

So war der Streit um die Mettlacher Salzquelle am glimpflichsten behoben. Der Nachwelt sind dadurch aber wenigstens noch einige Aufzeichnungen hinterlassen worden, die für das damalige Bedürfnis der Salzquelle Zeugnis geben. Denn nicht nur die Abtei, sondern auch die übrige Anwohnerschaft des näheren Saartales war mehr oder weniger auf die Erträge der Salzquelle angewiesen, solchermaßen der Herr von Montclair auch rechtchaffen die Konjunktur ausnützte.

Nach der vorerwähnten Urkunde befand sich der Salzborn im Spitalgarten. Schon von Lutwinus wird berichtet, daß er in Mettlach ein Hospital, oder wie es damals nach Herleitung aus dem Griechischen genannt wurde, ein „Xenodochium“ gegründet habe. Wie nun das Xenodochium Armen und Fremdlingen eine Heimstätte bot, so siedelten sich im Laufe der Zeit auch im Umkreise der Abtei Bewohner an. Denn immer boten sich hier Gelegenheiten des Erwerbs sowohl durch eine erlpriekliche Bodenbewirtschaftung als auch durch eine handwerksmäßige Betätigung, worin die Mönche Beispiel und Lehre gaben.

Kathedralen, Abteien und Klosterkirchen bildeten im Mittelalter überhaupt stets wirksame Anziehungspunkte, unter denen die Siedlungen ebenso begünstigt wurden, wie heute unter rauchenden Fabrikloten und Hochöfen. Nur daß die Menschheit jener Tage durch die eigenen Errungenschaften der Kultur noch nicht so geistig und geistig war wie heutzutage. Wohl lag es an den Verhältnissen der langsam fortschreitenden Entwicklung, daß der Mann aus dem Volke eine der modernen Gegenwart entsprechende Aufklärung ebenso wenig besaß als er irgendwelche Ansprüche an das Leben stellte. Vielleicht war er eben darum auch einer glücklichen Zufriedenheit geneigter als in unserer Zeit. Was darum aber jene Geschlechter Großes gewirkt und geschaffen haben, das staunt noch die Gegenwart bewundernd an und schöpft aus jeglichen Spuren ihrer Zeit die Mittel zur eigenen Bildung.

Die sogenannten „besseren Leute“ dagegen verlebten mit wenig mehr Unterschied als heute ihre Tage meist auf Kosten reger Mitmenschen. Und da waren es namentlich die Nobles, die ernstest Arbeit des Geistes und des Körpers nur in seltenen



Bura Montclair bei Mettlach, deren Bewohner die Salzquelle des Mettlacher Klosters gepachtet hatten.

Fällen gewogener waren, als die Herren von Montclair. Simon v. Joinville mochte seine Zunkerstreiche in etwa wohl bebauert haben, doch scheint, daß seine und seines Sohnes Gottfried Ritterlichkeit noch manches zu wünschen übrig ließ. Denn als Simon und Gottfried v. Joinville gestorben waren, erklärte Erzbischof Theodorich das Lehen für erledigt, zumal dasselbe an keinerlei weibliche Erbfolge gebunden war, und ließ die Edlen von Montclair einfach von der Burg verweisen.

In der Folgezeit war es denn nach allerhand ernsthaften Gehden doch wieder zu einem Vergleich gekommen, denn im Jahre 1279 traf auch das Kloster Mettlach mit den Herren von Montclair schon wieder eine Vereinbarung dahin, daß der Markt am St. Michaels- und am Kirchweihstage — außerhalb des Kirchhofs — in dem Baumgarten neben der Salzquelle abgehalten werden sollte. Außer in dieser Urkunde ist nur noch in einer solchen in französischer Sprache von der Salzquelle die Rede, wonach diese auf bestimmte Zeit in Lehen gegeben wurde. Die Urkunde ist ohne Datum, dürfte aber wohl aus dem vierzehnten Jahrhundert herrühren.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Anschluß an diese Verleihung die Ausbeute des Salzborns dauernd in fremden Händen blieb. Scheinbar waren aber auch die herzoglich lothringischen Pächter nicht allzu genau in der Erfüllung ihrer Pachtverpflichtungen und Versprechen, denn am 1. Juni 1513 fertigte das Kloster ein Bittgesuch nach Nancy um Leistung des von Herzog René gestifteten Salzes mit der beigefügten Entscheidung des Herzogs Anton, nach der die Leistung bis auf anderes Belieben fortzusetzen wäre. Damit schließt der älteste urkundliche Nachweis über die Quelle, deren Schicksal im Laufe eines ganzen Jahrtausends eng mit dem der Abtei verbunden war.

Jedenfalls ist mit der Säkularisation des Klosters die Quelle in völlige Vergessenheit geraten. Erst im Jahre 1855 gelang es den Nachforschungen des Geheimen Rats Eugen v. Boch, den Salzborn in einem sumpfigen Gelände Mettlachs wieder aufzufinden. Er ließ, wie einst Abt Nizo II. „causa honoris loci et utilitatis fratrum“ — der Ortschre und des Ruhens seiner Mitmenschen wegen die Quelle in Stand bringen und neu fassen.

Hier verdient überhaupt das feinsinnige Verständnis Erwähnung, das die Familie v. Boch nicht nur dem heimischen Kunstgewerbe, sondern auch der Erhaltung und Pflege von Mettlachs historischen Stätten und Denkwürdigkeiten angedeihen läßt. Eine Sammlung zahlreicher auf die Geschichte der Abtei und des Dorfes bezüglicher Altertümer ist in den Räumen des Mettlacher Museums jedermann zugänglich gemacht, während sich die Entwicklung eines bodenständig gewordenen Kunstgewerbes in der keramischen Ausstellung widerspiegelt. Würde ein ähnliches Verständnis und Empfinden für die Geschichte ihrer Heimat auch nur annähernd in den vermöglichen Kreisen Saarbrückens anzutreffen sein, dann hätte auch vielleicht die Saargroßstadt schon längst ein Heimatmuseum, und die sehenswerte Sammlung des historischen Vereins, die gerade dem Saarvolke so viel zu bieten vermöchte, brauchte statt dessen nicht in feuchten Kammern zu verschimmeln und zu verstauben. Und doch könnte ein Saarbrücker Heimatmuseum den Namen seines Stifters eher Generationen vermitteln als ein noch so kostbares Grabmal, das doch schon dem nächsten Hauch einer veränderlichen Zeit wieder zum Opfer fällt.

Eugen v. Boch bestimmte, daß die alte Abteiquelle vermöge ihres Heilwertes künftig dem Volkswohle dienen sollte. Er ließ im Jahre 1892 ein kleines Badehaus erbauen, das nach inzwischen erfolgter Erweiterung den Bedürfnissen Mettlachs mehr als reichlich genügt. Mittels einer elektrisch betriebenen Pumpe wird das Wasser aus dem Salzbrunnen gehoben und nach geeigneter Erwärmung den Badesellen zugeführt.

Die Analyse der Heilquelle ist von Prof. Dr. Stüher in Bonn aufgestellt. Ein Liter Wasser hinterließ bei der Verdampfung einen Rückstand von 24,99 Gramm feste Bestandteile und zwar: Natron 8,45 — Kali 0,40 — Schwefelsäure 0,24 — Phosphorsäure 0,004 — Chlor 12,649 — Kalk 2,52 — Magnesia 0,41 — Kieselsäure 0,018 — Eisenoxyd 0,093. Außerdem fanden sich geringere Mengen Brom vor. Der reine Kochsalzgehalt ist sogar größer als der der Kreuznacher Salzquellen. (Es entfallen auf 1 Liter Wasser 15 Gramm Kochsalz.) Gehalt an Chlorkalium 5 Gramm.

Nach den bisher gewonnenen Erfahrungen haben sich die Mettlacher Solbäder vornehmlich bei chronischer Gicht und bei Rheumatismus, Hautkrankheiten sowie lokalen Anschwellungen und Entzündungen wirksam erwiesen. Noch mehr werden die Bäder von beleibten Herren gepriesen, die bei regelmäßiger Benutzung eine beträchtliche Verminderung ihrer körperlichen Ueberfülle erzielen. Jedenfalls dürften gleichzeitige Trinkkuren den Heilerfolg der Quelle noch wirksamer beeinflussen.

Ein Versand des Mettlacher Wassers, der bisher noch nicht stattgefunden hat, soll in Aussicht genommen sein. In diesem Falle dürfte sich die Mettlacher Abteiquelle über kurz oder lang auch im Saargebiet etwas bekannter machen und sich durch ihre guten Eigenschaften loblich empfehlen.

Das Mettlacher Bad ist beim Marktplatz in unmittelbarer Nähe des Schulhauses gelegen und vom Bahnhofe aus bequem zu erreichen. Gegenwärtige Eigentümerin ist Frau Dr. Roger v. Boch-Gahlbau.

geb. Frein v. Fürstberg. Badewerhalter der Unternehmung Karl Lordt in Mettlach.

Das der Bevölkerung zur Benutzung freigegebene Bad erwies sich in seinem Betriebe bisher durch aus unlohnend. Die Kosten für ständige Heizung der Räume und der Kessel übersteigen bei weitem die geringen Einnahmen, die für Herrichtung der Einzelbäder und für Bedienung erhoben werden. Daß das Bad von den Ortsbewohnern nicht gerade überlaufen wird, ist bei dem gesunden Klima der Gegend kaum wunderlich. Im Sommer



Der Park von Mettlach, der ehemalige Klostergarten.

werden die Mettlacher meist zum Baden in der Saar verlockt, während die vielen Herren ebenso gerne nach Karlsbad reisen. Doch hätte auch Mettlach, dessen freundliche und blühendere Straßen einen durchaus angenehmen Eindruck machen, die allgünstigsten Vorbedingungen für einen Badeort aufzuweisen. Erschließt selbst das herrliche Saartal seine unvergleichlichen Schönheiten gerade hier so ausnehmend lieblich, als wolle es Körper und Geist zugleich mit seinem Waldeszauber befangen und ihm Feiertunden vorbehalten nach angestrengtem Werltag.

Wahlpoesie.

In einer Wahlurne Althaarbrückens war ein Wahlzettel in folgende Poesie eingewickelt:

Saarländer schimpft der Pole sich, der drei Woche hier dud wohne,
Der Kranzmann nennt sich auch jetzt so, mit Weib und Tochter,
Sohne.

Doch wir, die wir schon immer hier, mir dun dobruß euch sch....
Mir sinn gut deutsch nur an der Saar, ob Pfälzer obder Preiße.
Ausnahme geibt es iwwerall, doch kennt mer so die Hund,
Laß sie nur laafe, die zähle mit zu unserm Bund.

Seid wolle mir es ach eich zeiche, wenn ihr ach redt die Häller,
Mir wähle eich doch grad zum Trok de Köchling und de Schmelzer.
„Saar-Großstadtbrille“.

Ein Dokument des Saardeutschtums!

Im Saargebiet ist soeben ein Büchlein in Gestalt des deutschen Saarkalenders erschienen, das weiteste Beachtung und Verbreitung in ganz Deutschland finden sollte. Es ist ein Buch, geboren aus der großen deutschen Not des Saargebiets, das zurzeit von den eisernen Klauen französischer Raubpolitik umklammert wird, ein Buch, dessen Inhalt die jüngsten Worte des deutschen Kanzlers über die Rheinlandtreue lebendig unterstreicht: „Im Rheinland denkt man groß und opferfreudig, dort hat man nur das eine Ziel vor Augen: Das deutsche Vaterland!“ Durch den ganzen Inhalt dieses Büchleins, vom Kalendarium durch den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, durch den ernsten und heiteren Teil bis zur Uebersicht über die Geschichtstafeln aus der saarländischen Geschichte zieht sich das große Sehnen nach dem deutschen Vaterland, das immer wiederholte Gelübde: An der Saar kennt man nur ein Vaterland: Deutschland! Seite um Seite warmes vaterländisches Empfinden, heiße Hingabe an die Idee der wahren Völkerfreiheit auch frohe Hoffnung auf die deutsche Zukunft des Saargebiets. Der Verfasser und Herausgeber, Chefredakteur Albert Zühlke in Saarbrücken, hat in dieses Büchlein die ganze Seele des saarländischen Volkes und seine eigene hineingelegt. Sein Schicksal ist bezeichnend für die Verhältnisse, die der Völkerbund an der Saar geschaffen hat. Jahrzehntlang war er Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“, bis über den Friedensschluß hinaus. Und als er glaubte, daß er das Blatt, das er in Deutschlands großer Zeit wirtschaftlich und politisch groß gemacht hat, glücklich hindurchgesteuert hätte durch die furchtbaren Jährnisse der Zeit französischer Militärgewalt, da traf ihn im August 1920 mit zahlreichen seiner Kollegen das harte Los der Ausweisung, weil er Deutscher war und das auch bekannte. Nach monatelanger Verbannung aus der Heimat hat man ihm die Rückkehr gestattet unter der Bedingung allerdings, daß er sich vom politischen Leben und von der Leitung der „Saarbrücker Zeitung“ zurückzog. Er unterwarf sich dieser Bedingung, da er seine Saarheimat auch in der Not der Zeit nicht verlassen wollte, nicht verlassen konnte. Nach seinem erzwungenen Ausscheiden aus der Saarbrücker Zeitung hat er fast ein Jahr regelrecht gehungert! Der Mann, der aufs engste mit der Saarheimat, mit seiner politischen und wirtschaftlichen Entwicklung verwachsen ist! Warum? Er teilte das Schicksal jener Männer, die deutsch sein mußten, weil sie deutsch sind in der tiefsten Tiefe ihres Herzens. Als aufmerksamer Beobachter aller politischen Vorgänge, als deutscher heimattreuer Mann hat Albert Zühlke seine erzwungene Mußezeit benutzt, um der Saarheimat ein Buch zu geben, das dort sicherlich in jedem Hause zu finden sein wird, das aber auch im deutschen Vaterland allüberall zu Hause sein sollte, wo man nicht gleichgültig an dem tragischen Geschick des Saargebiets mit seiner Bevölkerung vorübergehen will und darf.

Das neue Neunkirchner Stadtwappen.

In den „Heimatblättern von der Blies“, dem Unterhaltungsblatt der „Saar- und Blieszeitung“, finden wir folgende anscheinend nicht unberechtigte Philippika:

Vor mir liegt eine Urkunde mit dem neuen Stempel des hiesigen Standesamts, den dieses wohl seit vergangenem Jahre führt. Das Siegel zeigt — sofort erkennbar — einen gevierten Schild mit folgender Blasonierung: 1. Quartier: in Schwarz die weißen oder silbernen Abzeichen des Bergbaues und der Industrie. Schlegel und Hammer gekreuzt mit darübergelegtem Rammrad. Das Zeichen erinnert daher an das auf unseren Straßenbahnwagen angebrachte Sinnbild. 2. Quartier: in Weiß eine rote Rose. Das dürfte an das Wappen der Stadt Ottweiler erinnern, das allerdings im blauen Schild eine silberne Rose zeigt. 3. Quartier: aus der linken oberen Ecke des weißen Feldes bricht anscheinend aus Wolken eine Sonne hervor. Anders läßt sich das von sechs Kreisen umgebene, spinnenartige Gebilde kaum ausdeuten. 4. Quartier: in Blau ein weißes, steigendes Tier, das mit einem abgezogenen Hals eine verzeufelte Ähnlichkeit hat und wohl an den Saarbrücker Löwen erinnern soll, dem man nun — sehr sinnreich! — das Fell über die Ohren gezogen hat.

Au beiden Seiten des Schildes befinden sich noch zwei Küllföörner, aus denen aber nur Blätterwerk emporwächst, das den oberen Schildrand umrankt. Ich weiß zwar nicht, wer der erfindungsreiche Herold dieses sinnvollen Symbols unseres unalldlichen Saargebiets gewesen ist. Hoffentlich wird dieser Künstler aber nicht nochmals ausschlaggebend sein, falls eines Tages dennoch unsere Stadtväter um die Verleihung eines eigenen, mit der städtischen Mauerkrone gezierter Wappenschildes nachsuchen sollten. Dann sollte man doch zuvor einen fachkundigen deutschen Heraldiker und Künstler hierbei zu Rate ziehen, der den Entwurf eines stilgerechten, einfachen und deshalb schönen Wahrzeichens unserer Heimatstadt gewährleistet.

Ein kleiner Opfer!

Wirklich ein Opfer? Wenn es dem Besten des Saargebiets gilt? Nicht vielmehr eine Ehren-, eine Dankespflicht? Wir, d. h. der „Saar-Freund“, mühen uns redlich, unsern Lesern, unsern Freunden in Stadt und Land, dies- und jenseits des Rheins, über die Vorgänge im Saargebiet einen möglichst lückenlosen Ueberblick zu geben, wir suchen das Material zusammenzutragen, das unsern Mitkämpfern als Rüstzeug dienen soll, um den Aufklärungskampf für das Saargebiet führen zu können. Wir versuchen, unsern Schwestern und Brüdern an der Saar den Beweis zu liefern, daß ihre Not unsere Not, daß ihr Leid unser Leid, daß ihr Hoffen unser Hoffen ist. Vierzehntägig klopfen wir mit unserer in der Regel 16seitigen Zeitschrift an und erbaten dafür einmal im Vierteljahr 6.— M. Damit ist's nun zu Ende. Die gewaltige Preissteigerung auf allen Gebieten hat selbstverständlich auch unsern „Saar-Freund“ nicht verschont. Für 6.— M. im Vierteljahr erhalten wir noch nicht einen kleinen Teil des erforderlichen Papiers. Dazu kommt der Satz, der Druck, die Klischees für die Bilder, die Versandkosten und vieles andere. Kurz und gut: Wir sind gezwungen, ab 1. Oktober d. Js. den Bezugspreis auf

M. 15.—

im Vierteljahr heraufzusetzen. Wir tun's nicht gern, doch läßt sich's nicht umgehen. Wir hoffen, daß alle unsere Leser und Freunde dafür volles Verständnis haben und uns, d. h. der Saarheimat, die uns die Franzosen rauben wollen, auch weiterhin die Treue halten. Wir dürfen dabei erklären, daß auch 15.— M. im Vierteljahr noch bei weitem nicht unsere Selbstkosten tragen. Sollten unsere Tausende von Lesern bereit sein, über den festgesetzten Preis hinaus freiwillig mehr zu zahlen, so bitten wir dies durch Ueberweisung auf unser Postsparkonto N. 7, Nr. 66 536 bewirken zu wollen — jeder nach seinem Können und seiner — Treue für das Saargebiet. Also 15.— M. zieht die Post bei Erneuerung des Bezugs ein, der freiwillige Betrag ist einzuzahlen.

Ist's wirklich ein Opfer?

Aber wozu noch viele Worte machen, wir haben uns stets verstanden, man wird uns auch jetzt verstehen. Es gilt ja dem schwergeprüften Saargebiet!

Neinkerjer Buwelieder,

mitgeteilt von Kristian Kraus.

Es Pittche aus Saarbrügge,
Das hat e Saad voll Mide,
Schlaht se widder de Poschte,
Poschte tracht,
Pittche lacht,
Pittche fällt in Ohnmacht.

Ei, wo bleibt mei Joseppche
Joseppche, Joseppche!
Ei, wo bleibt mei Joseppche,
Joseppche so lang?
Joseppche geht immer die Brüd,
hat e alte Geis am Strid.
Ei, wo bleibt mei Joseppche,
Joseppche so lang.

De Tzitz un de Bemme,
Die ginge zesamme schwemme,
do hat de Tzitz e Strid gefunn
un hat de Bemme angebunn.

Hans, Hans, zuderfiser Hans,
Hol die Ruh am Schwanz,
hol se net ze forz,
Hans, du friescht e Pf. annekuchen.

Saarbrücker Sänger in Heidelberg.

Kürzlich unternahm der „Saarbrücker Liederfranz“ eine Sängerfahrt nach Heidelberg, über die die „Heidelberger Neueste Nachrichten“ folgendes berichten:

Daß der Besuch der Saarländers Sänger besonders herzlich wurde, zeigte sich schon am Nachmittag bei ihrer Ankunft auf dem Hauptbahnhof, wo der Heidelberger „Liederfranz“ mit der Vereinsfahne und zahlreichen Sängern zum Willkommengruß erschienen war, der den Saarbrücker Sängern im Deutschen Sängerspruch:

„Grüß Gott mit hellem Klang,
Heil deutschem Wort und Sang!“

sowie dem Sängerspruch des „Liederfranzes“ und den herzlichen Begrüßungsworten des 1. Vorsitzenden Hauptlehrer Kaufmann entgegneten, der in seiner Ansprache die Bedeutung des Saarländers Besuchs besonders unterstrich und die unverbrüchliche Stammes- und Vaterlandstreue diesseits und jenseits des Rheins auch in Zeiten schwerster Not zum Ausdruck brachte. Ebenso herzlich war der Dank des Vorsitzenden des „Liederfranz Saarbrücken“, und ihr machtvoll tönender Sängerspruch:

„Lied an der Saar,
Deutsch immerdar!“

möge für uns im unbefesteten Gebiet ein schönes Zeichen der unbegrenzten Zueversicht sein, mit der unsere Stammesbrüder an der Saar ihr hartes Geschick tragen.

Vom Hauptbahnhof aus ging es zunächst in die in gastlicher Weise besetzten Quartiere und um 5,30 Uhr traf man sich wieder zum Spaziergang an der Friedrichsbrücke. Ueber den Philosophenweg ging es und von da zum Abendessen.

Eine besondere Bedeutung erhielt das Begrüßungsbankett am Samstag abend durch die Anwesenheit des Oberbürgermeisters Professor Dr. Walz, der den Sängern von der Saar den Willkommengruß der Stadt Heidelberg entbot, nachdem der Vorsitzende des hiesigen „Liederfranz“, Hauptlehrer Kaufmann, die erschienenen Gäste und Ehrengäste aufs herzlichste begrüßt hatte. In seiner Ansprache erinnerte der Oberbürgermeister an jenen 5. August des Jahres 1870, der den Einwohnern die Erlösung von der so kurzen französischen Besetzung brachte. Heute liege eine schwere Last auf der Bevölkerung des Saargebietes, aber stark und mutig möchten sie die Ketten tragen, in dem Bewußtsein, die diesseits des Rheins vergessen ihre Brüder und Schwestern jenseits des Rheins nicht, und dann, wenn alle Deutschen wie ein Mann dastünden, dann würde auch für die unterdrückten Volksgenossen der Tag der Befreiung hereinbrechen.

Die Festrede hielt Geh. Hofrat Rohrhurst. In der ihm eigenen begeisterten Redeweise begrüßte er die Saarländers Sänger und führte u. a. aus:

Viele fremde Sangesbrüder habe der „Liederfranz“ Heidelberg schon in seinem Heim gastfreundlich aufgenommen. Alle hatten sie schöne und frohe Stunden in Heidelberg verlebt und sich an dem deutschen Lied, diesem Born der Kraft, aus dem der Deutsche immer wieder sich stärkt, wenn fremde, feindliche Mächte ihn umtöbten, gelabt. Nicht um der Naturschönheiten Heidelbergs, noch der so rasch geschlossenen Sängerkreischaften wegen seien die Saarländers Sänger nach Heidelberg gekommen, sondern um sich wieder einmal erholen zu können von feindlichem Haß und niedriger Gewalt, um frei reden zu können mit deutschen Männern und Frauen, uns aber die Mahnung zu geben, fest zu werden wie ein Stahlblock, an dem die welschen Giftzähne zerbrechen, und uns die Mahnung einzuprägen: Seid einig, einig, einig! Streitet euch nicht um Monarchie oder Republik, es gilt die Einheit des Vaterlandes!

Im Namen der Ortsgruppe Heidelberg des Bundes „Saarverein“ entbot Direktor Woll seinen Landsleuten den Willkommengruß und selbst der sagenhafte Perkeo von droben auf dem Schloß kam aus seinem feuchten Gemölbe in vorgerückter Stunde heruntergestiegen, um in höchst eigener Person in echt Pfälzer Weise die Sänger an der Saar im Namen seiner kurfürstlichen Residenz zu begrüßen. Und zum Zeichen, daß er der „echte“ Perkeo sei, leerte er auf das Wohl der Gäste gar manchen großen Humpen.

Der Vorsitzende des „Liederfranz“ Saarbrücken, Herr Kunze, dankte für alle die herzlichen Begrüßungsworte und wünschte für seinen Verein, daß dort ebenso die Tradition gepflegt werden möge, wie bei dem Bruderverein in der Stadt am Neckar.

Einzel- und Gesamtschöre sowie Gedichte, in Pfälzer Mundart vorgetragen, umwoben Reden und Ansprachen.

Am Sonntagmorgen wurde das Schloß besichtigt und damit zugleich Perkeo höflicherweise der Gegenbesuch gemacht. Um 11 Uhr versammelten sich die Sänger am Scheffeldentmal, wo wiederum die Vereine in Einzel- und Gesamtschören deutsche Liederperlen in edelster Form darboten. Tiefen Eindruck hinterließen vor allem auch der Vortrag der Dichtung „Saarländers Klage“ durch Direktor Woll sowie der Vortrag des Liedes „Alt-Heidelberg“ in der Vertonung von Werth durch den „Liederfranz Saarbrücken“ bei dem zahlreich zuhörenden Publikum. Mit einer Kranzniederlegung am Denkmal schloß die etwa einstündige Feier.

Nachmittags um 4 Uhr gab der „Liederfranz Saarbrücken“ bei günstigem Wetter ein Konzert in der Schlossrestauration, das sich eines sehr guten Besuches erfreuen durfte. Mit einem wohlgeschulten, ungemein klangvollen Stimmaterial sang der etwa 150 Mann starke Chorkörper eine Reihe hervorragender Männerchöre unter Leitung von Musikdirektor Stitz. Das städtische Orchester unter Kapellmeister Federcher bewältigte den instrumentalen Teil dieses wohl gelungenen Konzerts. Abends um 8 Uhr wurde dem Stadtgarten ein Besuch abgestattet.

Mögen die Erinnerungen, die die Sängergäste von der Saar von Heidelberg mit nach Hause nehmen, in ihnen die Ueberzeugung festigen, daß die Herzen jenseits der unbefesteten Zone für sie stets in vaterländischer Treue schlagen, ebenso wie für uns das „Saarlied“, das der „Liederfranz Saarbrücken“ uns als ein unverbrüchliches Gelöbniß so verheißungsvoll entgegneten ließ, immerdar an die Treue der Saarländers erinnern möge, das in seinem Schlußvers lautet:

„Ich laß von meiner Heimat nicht,
Vom grünen Saarestrand,
Sie bleibt in Treue ewiglich
Dem deutschen Vaterland!
Und wenn die Welt voll Teufel wär',
Das machte uns nicht weich,
Denn keine Macht der Erde trennt
Das Herz vom Deutschen Reich!“

Ungeheuerlicher Fehlspruch eines französischen Kriegsgerichts.

Die Saarregierung tut nichts.

Durch das Urteil des französischen Kriegsgerichts der 42. Infanteriedivision wurde am 17. Januar 1919 der zu St.-Ingbert wohnende deutsche Staatsangehörige Josef Burger zu 10 Jahren Zuchthaus und lebenslänglicher Landesverweisung verurteilt. Aus der ganzen Sachlage geht hervor, daß Burger das Opfer einer Verwechselung geworden ist. Der deutsche Verteidiger hatte das Gericht bei den Verhandlungen auf die Verwechslung aufmerksam gemacht, ohne jedoch mit seinen Ausführungen Glauben zu finden. Die geladenen Tatzeugen waren nicht erschienen, da sie sich aus Furcht vor Repressalien scheuten, vor dem Kriegsgericht Zeugnis abzulegen. Der französische Verteidiger und auch eine Anzahl französischer Offiziere, die der Verhandlung beigewohnt haben, waren von der Unschuld Burgers überzeugt. Ein amerikanischer Fliegeroffizier hat sich den deutschen Verteidigern gegenüber dahin geäußert, daß er sich dieses Fehlspruches des französischen Kriegsgerichtes schäme und St.-Ingbert nicht eher verlassen werde, bis der Fehlspruch beseitigt sei. Nach der Verurteilung Burgers wurden von zahlreichen amtlichen Stellen und Personen Schritte zur Befreiung in die Wege geleitet, die bisher jedoch ohne irgendwelchen Erfolg geblieben sind. Sogar die deutsche Friedensdelegation in Versailles hat sich im Sommer 1919 ebenfalls ohne Erfolg mit der Angelegenheit befaßt. Ferner haben sich die deutsche Gesandtschaft und die Regierungskommission des Saargebietes bemüht, die Freilassung Burgers zu erreichen. Auf alle diese Eingaben und Vorstellungen ist bisher in keinem Falle auch nur eine Antwort erfolgt. Der französische Verteidiger hatte eine Eingabe an das französische Kriegsministerium gerichtet, in der er bittet, Burger gegenüber Wohlwollen walten zu lassen.

Die liberale Volkspartei des Saargebietes richtete nunmehr eine Eingabe an den Völkerbund, in der es heißt: „Der Fehlspruch des französischen Kriegsgerichts ist so ungeheuerlich, daß die Regierungskommission des Saargebietes als die Hüterin des Wohles der Saarbevölkerung die Pflicht gehabt hätte, nicht eher zu ruhen, bis dieser grausame Fehlspruch wieder aufgehoben worden sei. Die Regierungskommission hätte, nachdem ihre eigenen Bemühungen erfolglos geblieben waren, den Völkerbund selbst mit der Angelegenheit befaßen sollen, damit dieser auf die französische Regierung mit allen Mitteln im Interesse des Verurteilten einwirken konnte. Nachdem die Regierungskommission durch die von ihr in die Wege geleiteten Schritte eine Freilassung des unschuldig verurteilten Burger nicht hatte erreichen können, hat sie weiteres in der Angelegenheit nicht unternommen. Mit Rücksicht darauf sieht sich die liberale Volkspartei des Saargebietes genötigt, diesen allem Rechtsempfinden hohnsprechenden Fall dem Hohen Völkerbund mit der sehr ergebenden Bitte zu unterbreiten, er möge mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür Sorge tragen, daß sofort von der französischen Regierung eine Nachprüfung des Verfahrens in die Wege geleitet und Burger aus der Haft entlassen wird.“

Dieser Fall kennzeichnet besser als spaltenlange Erklärungen „Frankreichs freiheitliche Regierungsweise“ (nach Briand), wie sie durch die Saarregierung verkörpert wird.

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Die Regierungskommission des Saargebietes, die sich, wie an anderer Stelle des Blattes ausgeführt wird, hilferufend an den Völkerbund gewandt und dessen Schutz angerufen hat gegen die „Heher“ und „Verleumder“ im Saargebiet und in Deutschland, die für die „gerechte“ und „friedliebende“ Tätigkeit der Regierung kein Verständnis aufbringen können, läßt sich in ihrem ihr von Frankreich vorgezeichneten Streben nicht beeinflussen. Die „Trennhänderin“ des Völkerbundes häuft nach wie vor

Rechtsbruch auf Rechtsbruch.

Durch eine in diesen Tagen veröffentlichte Verordnung der Saarregierung ist für die Beförderung von verschlossenen Briefen von Orten mit einer Postanstalt nach Orten mit einer anderen Postanstalt grundsätzlich die Post zu benutzen. Die Beförderung auf andere Weise ist strafbar, gleichgültig, ob sie gegen Bezahlung oder aus Gefälligkeit erfolgt. Bedinglich der Absender ist befugt, einen Brief persönlich zu befördern. Nach dem Urteil der „Saarbrüder Zeitung“ verschlechtert die Saarregierung durch die neue Bestimmung das deutsche Postgesetz, das hier noch in Kraft ist. Die Änderung ist den gewählten Vertretern der Bevölkerung noch nicht vorgelegt worden. Nach dem deutschen Postgesetz war es zulässig, Briefe aus Gefälligkeit mitzunehmen und die bezahlte Post, auch wenn sie die Eigenschaft „Expres“ nicht besaß, vom Ursprungsort durch bezahlte Boten befördern zu lassen. Das teure Briefporto — ein Brief kostet jetzt 9 Mark — hat vielen Brieffreibern Anlaß gegeben, die Postanstalten außerhalb des Saargebietes zu benutzen. Die Post will — fährt die „Saarbrüder Zeitung“ fort — durchaus ihre Franken haben, auch wenn es dabei gelegentlich zugeht. Wenn die Post unrentabel ist, möge man doch die Frankentarife aufheben. Schutzmaßnahmen vermögen dem Uebel nicht abzuhelfen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß Deutschland die kulturelle Bedeutung des Briefverkehrs unter Niedrighaltung der Tarife anerkannt hat. Im Saargebiet läßt man die höchsten Tarife zu.

Die

westeuropäische Zeit

ist im Saargebiet aus wirtschaftlichen Gründen heraus nicht erwünscht. Darum stellte die Zentrumsfraktion seinerzeit den Antrag, die westeuropäische Zeit in diesem Jahre nicht wieder einzuführen. Doch auch in diesem Falle handelt die Regierungskommission den Interessen der Saarbevölkerung zuwider. Nach einer Meldung der Eisenbahndirektion wird in der Nacht vom 7. zum 8. Oktober im Eisenbahnverkehr des Saargebietes die westeuropäische Normalzeit durch Zurückstellung der Uhr um 1 Stunde wieder eingeführt.

Die Propagierung der sogenannten

„Saargebietsflagge“

wird von der Saarregierung natürlich lebhaft betrieben. Der Beweggrund liegt auf der Hand: Die Saarregierung möchte — solange die Annexion durch Frankreich unmöglich ist — das Saargebiet gar zu gerne als eigenes Staatsgebilde betrachten, ohne jeden Zusammenhang mit Deutschland. Der „Saar- und Blieszeitung“ zufolge hat die Regierungskommission das Bürgermeisteramt Neunkirchen darauf hingewiesen, daß nach ihrer Verordnung vom 28. 7. 20 das Saargebiet die Flagge blau-weiß-schwarz führt und daher das Beflaggen in anderen Farben außer den örtlichen oder kirchlichen nicht gestattet ist. — „Die Regierungskommission scheint das Saarstatut des Friedensvertrages nicht zu kennen“, meint das Blatt, „sonst müßte sie wissen, daß das Saargebiet kein selbständiger Staat ist, also auch keine eigene Flagge führen darf. Die Saarregierung mag übrigens einmal die Flaggen unter die Lupe nehmen, die auf den Schächten der Gruben flattern. Wir glauben kaum, daß es die „saarländischen“ Farben sind, die von der Grubenverwaltung dort prächtig gezeigt werden.“

Ueber die hier berührte Frage der staats- und bürgerrechtlichen Stellung des Saargebietes ist übrigens soeben eine Abhandlung des bekannten Münchener Völkerrechtslehrers Geheimrat Frank im „Archiv des öffentlichen Rechts“ erschienen. Der Verfasser weist klar und eindeutig den Rechtsbruch nach, den die Saarregierung dadurch begeht, daß sie das deutsche Saargebiet als Staat behandelt. Zur Begründung weist er insbesondere auf die Verordnung hin, durch die ein besonderes Wappen und besondere Farben des Saargebietes geschaffen wurden, und bemerkt dazu: Die Verordnung verstößt nicht bloß gegen die Grundsätze des Völkerrechts, sondern auch gegen die Beschlüsse, die innerhalb der alliierten und assoziierten Mächte gefaßt worden sind. Deshalb wendet sich der in ihrem Verhalten liegende Affront wie gegen Deutschland, so in gleichem, wenn nicht in höherem Maße gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, denn gerade deren Präsident hat die Schaffung eines besonderen Saarstaates abgelehnt.

Die „Frankenpolitik“.

die von der Saarregierung getreu den ihr von Paris erteilten Weisungen und „Erwartungen“ betrieben wird, ohne jede Rücksichtnahme auf das „Wohl der Bevölkerung“, hat in dem einst so blühenden Lande eine

wirtschaftliche und moralische Zerrüttung

hervorgerufen, die alle ehrlichen Freunde des Saargebietes und der Saarbevölkerung mit tiefer Sorge erfüllen muß. Während ein Teil der Bevölkerung, der in Franken entlohnt wird, sehr wohl der steigenden Teuerung, die sich im Saargebiet infolge der Doppelwährung naturgemäß viel stärker und rascher fühlbar macht als sonstwo, standzuhalten vermag, während weiterhin die zahllosen Schieber und ähnliches landfremdes Gesindel ein unbeschreibliches Schlemmerleben führen, geht ein großer Teil der körperlichen und geistigen Verelendung entgegen. Namentlich die Rentenempfänger, Kriegsinvaliden usw. und die in Mark entlohten Arbeiter und Angestellten leiden vielfach bittere Not. Auch das Handwerk wird von der durch die Frankenwährung beeinflussten schlechten Wirtschaftslage des Saargebietes sehr bedrückt. In zahlreichen Versammlungen der letzten Wochen wurde die kritische Lage besprochen und vielfach die Einführung der Frankenwährung auch für die handwerklichen Leistungen gefordert. Der erweiterte Vorstand der Handwerker-Organisationen des Saargebietes sah sich daher veranlaßt, nunmehr von Verbandeswegen die Frage aufzurollen. Der Syndikus des Verbandes, Dr. Becker, führte auf der Neunkirchener Tagung aus, daß der Franken den wirtschaftlichen Ruin des Saargebietes bedeute. Mit dem Schutzverein für Handel und Gewerbe zusammen war das Handwerk von vornherein stets gegen die Einführung des Franken im Wirtschaftsleben. Wollten nunmehr die Handwerker ihre Arbeit in Franken bezahlt haben, so bedeute dies den Zusammenbruch des Handwerks. Das Betriebskapital müßte reduziert werden, der Umsatz zurückgehen, da viele Kreise der Bevölkerung versuchen würden, alles in Deutschland zu kaufen. Die allgemeine Einführung der Frankenwährung habe ein Sinken der Kaufkraft des Franken zur Folge; dadurch stünde im Saargebiet dasselbe zu erwarten, was man in Lothringen bereits heute sehe:

Stillestand des Wirtschaftslebens.

In der Aussprache traten die meisten Berufe der Auffassung des Referenten bei. Das Handwerk des Saargebietes verhält sich also nach wie vor ablehnend zur Frankenwährung. — Ueber die moralischen Folgen der Frankenpolitik der Saarregierung verbreitet sich die „Saarbrüder Zeitung“ neuerdings. Das Ergebnis der Einführung des Franken sei, daß sich ein

Heer von Parasiten

im Saargebiet eingenistet habe. Der Franken habe weiterhin den wirtschaftlichen Zwiespalt und Verärgerung unter die Bevölkerung gebracht, der Spekulation Tür und Tor geöffnet, die Arbeitsfreude gestört und einen großen Teil der Bevölkerung in einen Taumel hineingerissen, der den Anschein erwecken könne, als sei das Saargebiet eine Spielhölle.

Das alles ist der Regierungskommission nur zu gut bekannt. Aber sie, die bei jeder Gelegenheit behauptet, sich nur von dem Gedanken an die „Wohlfahrt des Saargebietes“ leiten zu lassen, tut nichts, um den durch ihre eigene Politik in Not und Elend geratenen Saarländern wirksame Hilfe angedeihen zu lassen. Auch die von ihr kürzlich mit großem Tamtam angekündigte „Hilfsaktion“ in Gestalt einer

„Millionen-Franken-Spende“

für die notleidenden Pensionäre, Rentner, Waisen, Witwen usw. wird nur ein „Tropfen auf einen heißen Stein“ bleiben. Die „Volksstimme“ bemerkt dazu:

„Diese Hilfsaktion kommt reichlich spät. Bezeichnenderweise gibt die Regierungserklärung nicht die Höhe der den Ärmsten der Armen zugedachten Spenden an. Fürchtet sie einen Vergleich mit dem Einkommen des Präsidenten Kaulst, der mit seinen 150 000 Fr. Gehalt bei dem jetzigen Kursstand jährlich 9 000 000 M. aus dem Saargebiet zieht? Scheut man einen Vergleich mit den anderen Riesengehältern und der in der Verwaltung so oft getriebenen Verschwendung? Wir wären gespannt zu erfahren, um wieviel die Bettelpennungen für die Minderbemittelten erhöht werden sollen.“

Wirksame Hilfe kann nur eins bringen: Verzicht der Saarregierung auf die von ihr aus politischen und annexionistischen Gründen betriebene Frankenpolitik, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Saargebietes heraufbeschworen hat!

Die Saarregierung aber setzt ihre Frankenpolitik ruhig und zielbewußt fort und versucht immer aufs neue, den

Gemeinden die Frankenbesoldung

ihrer Beamten und Arbeiter aufzuzwingen durch irgendein „Entgegenkommen“. Der größte Teil der Gemeinden hat diese Ver-

suche zurückgewiesen. Neuerdings hat sich der Stadtrat in Saarlouis wieder mit dieser Frage befaßt in Verbindung mit der Neuregelung der Beamtengehälter. Die Verhandlungen wurden auf der Marktgrundlage vorgenommen. Das Ergebnis der Verhandlungen unter Hinzuziehung der Beamten- und Angestelltenvertreter war: Gewährung eines Ueberteuerungszuschlages von 150 Prozent auf die Reichsgehälter ab 1. Juli. Die Rechtfertigung dieser Erhöhung liegt in den in den letzten Tagen im Saargebiet zutage getretenen großen Preissteigerungen begründet. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem Kommissionsbeschlusse zu.

Zu einer anderen Auffassung kam der Stadtrat der jüngsten deutschen Stadtgemeinde Neunkirchen. Dieser hatte bereits früher die vorläufige Krankenzahlung an die Beamten, Angestellten und Arbeiter beschlossen und hat nunmehr diesen Beschluß endgültig um acht Monate verlängert. Die Stadtverordnetenversammlung kam gestern nach einer fünfstündigen Debatte zu einer Regelung, die ganz im Sinne der Regierungskommission ausgefallen ist. Mit 19 gegen 14 Stimmen wurde für die kommenden acht Monate des Etatsjahres die Krankentelohnung zu einem Umrechnungskurs von 450 M. beschlossen. Wenn auch dieser Umrechnungskurs einen erheblichen Abzug von den bisherigen Gehältern bedeutet, so ist doch die Mehrbelastung für die Allgemeinheit der Steuerzahler und der wirtschaftlich Schwachen auf das ganze Etatsjahr mit 75 Millionen Mark größer als bei der Annahme der ausreichenden Marktbefolgung. Dazu kommt die erhebliche Verteuerung aller Produkte. Von der Regierungskommission wurde der Stadt Neunkirchen im Falle der Annahme der Krankentelohnung ein Zuschuß von 500 000 Franken versprochen. Das „Entgegenkommen“ der Saarregierung ist mit einer wesentlichen Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinde Neunkirchen erkauft. In ihrer Kurzsichtigkeit beschloß aber dennoch die Mehrheit der Stadtverordneten in obigem Sinne, ohne eine stichhaltige Begründung für ihren Beschluß zu finden.

Das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Herr Dr. Hector, dessen eigenartige Tätigkeit seit langem Gegenstand zahlreicher Erörterungen im Saargebiet geworden ist, hat nun doch endlich ein

„Vertrauensvotum“

erhalten. Die politischen Parteien des Saargebiets haben bekanntlich vor einiger Zeit in einer Eingabe den Völkerbund ersucht, Dr. Hector im Herbst d. J. seines Amtes zu entheben, weil er in der Bevölkerung gar kein Vertrauen genieße. In der vorletzten Sitzung der Landwirtschaftskammer wurde nun ein Vertrauensvotum beschlossen, das dem Völkerbund unterbreitet werden soll mit der Bitte, Hector im Herbst wieder zu bestätigen. Wie jetzt bekannt wird, ist dieses vorher fertiggestellte Vertrauensvotum durch Ueberrumpelung der Kammer entstanden. Die Verhandlungen darüber dauerten etwa drei Stunden. Es machte sich ein lebhafter Widerspruch bemerkbar. Schließlich gelang es einem Beamten des Herrn Hector, der zugleich Mitglied der Landwirtschaftskammer ist, das Vertrauensvotum zum Beschluß zu erheben durch den unbegründeten Hinweis, daß ein Arbeitervertreter zum Nachfolger des Herrn Hector ausersehen sei. Das Vertrauensvotum wurde mit 11 gegen 2 Stimmen bei Nichtanwesenheit eines Mitgliedes angenommen.

Die Landwirtschaftskammer besteht bekanntlich nur zur Hälfte aus gewählten Vertretern, die andere Hälfte ist von der Saarregierung ernannt. Auf dieses „Vertrauensvotum“ kann Herr Hector stolz sein. Niemand im Saargebiet wird ihn darum beneiden; die wenigen „gewählten“ Landwirte aber, die sich von den Hintermännern Hectors überrumpeln ließen, werden von ihren Berufskollegen schon den nötigen Denkfittel erhalten. Die überwiegende Mehrheit der Landwirte steht, wie die Wahlen zum Landesrate bewiesen, hinter den politischen Parteien! Herr v. Boch hat aus diesem Beschluß der Landwirtschaftskammer auch bereits die Konsequenzen gezogen und hat sein Mandat als Mitglied der Landwirtschaftskammer niedergelegt, da er mit dem Mehrheitsbeschluß der Kammer nicht einverstanden ist.

Allem Anschein nach sind im Saargebiet Leute am Werke, eine neue „Partei“

im Fahrwasser der Saarregierung zu gründen. Anders kann ein im Inseratenteil des „Neuen Saar-Kurier“ erscheinender Aufruf nicht aufgefaßt werden. Ein Kaufmann namens Herlach fordert Angehörige aller Stände auf zur Gründung einer „partei-politisch und religiös neutralen Vereinigung wirtschaftlicher Art für die Wahrnehmung saarländischen Interessenschutzes.“ Für diese Gründung sei bereits eine große Anzahl von Interessenten vorhanden. Durch den Aufruf soll ein Ueberblick über die voraussichtliche Beteiligung gewonnen werden. Herr Richter muß wohl wieder einmal in Paris den Nachweis seiner Existenzberechtigung erbringen. Darum ruft er seine „Getreuen“ unter die Fahnen dieser neuen „wirtschaftlichen Vereinigung“. „Er zählt die Häupter seiner Lieben —“

Einen neuen „Mitarbeiter“

hat die Lumpengarde erhalten: Der aus der Zeit der sogenannten Pfälzabewegung berühmte Journalist Emmerich, der das längst eingegangene Organ des kleinen Klüngels der Pfälzer Separatisten der „Freien Pfalz“ redigiert hat, über deren Finanzierung in der letzten Zeit interessante Enthüllungen in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlicht worden sind, hat die Redaktion der „Saarländer Zeitung“ niedergelegt und ist ins Saargebiet übergesiedelt. Für solches Gelichter erteilt die Oberste Polizeidirektion des Saargebietes jederzeit und ohne Schwierigkeit die Zureissegenehmigung. Einem deutschen Reichstagsabgeordneten aber, der auf einem Jugendfest der katholischen Jugendorganisationen der Saarpfalz auf der Kloster ruine Wörschweiler die Festrede halten sollte, versagte die Saarregierung hierzu die Erlaubnis.

Richter-Gelder für die „Saartribüne“.

Die „Volksstimme“ schreibt: Wie wir erfahren, hat die Ortsgruppe Neunkirchen der USP. den Beschluß gefaßt, vorläufig aus dem Bezirk Saargebiet auszutreten. Die Ursache für diesen Schritt ist die unvollkommene Aufklärung, die den Delegierten der am 13. August in Neunkirchen stattgefundenen Bezirkskonferenz über die finanzielle Grundlage der Zeitung „Saartribüne“ gegeben worden ist. Bei einer Nachprüfung der gemachten Angaben hat es sich ergeben, daß die erforderlichen Unterlagen und Belege nicht zur Stelle waren. Die Ortsgruppe Neunkirchen hat nunmehr die Zentralleitung der USP. gebeten, eine Untersuchung und Klärung der Zeitungsangelegenheit herbeizuführen.

Die von Poincaré, dem derzeitigen „Herrscher“ der „zivilisiertesten“ Nation Europas, in sinnloser Wut gegen das „Barbarenvolk“ angeordneten

„Retorsionen“,

die Tausende wehrloser Elsaß-Lothringer von Haus und Hof vertrieben, haben auch für das Saargebiet ihre Bedeutung. Sofort nach Bekanntwerden der französischen Retorsionsmaßnahmen hatte sich die Saarbrücker Handelskammer an die Regierungskommission gewandt und um Bestätigung ihrer Auffassung gebeten, daß diese Maßnahmen auf die Guthaben von Saardeutschen in Elsaß-Lothringen keine Anwendung finden könnten, und daß ferner derartige Maßnahmen im Saargebiet selbst gegen die Guthaben von Deutschen aus dem übrigen Deutschland nicht ergriffen werden können. Sie hatte dabei auf die lebhafteste Befürchtung aus den saarländischen Wirtschaftskreisen verwiesen und insbesondere den Umstand hervorgehoben, daß die Geschäftsfreunde saarländischer Firmen in Elsaß-Lothringen ihnen mitgeteilt hätten, die Retorsionsmaßnahmen fänden auf die Guthaben der Deutschen Anwendung.

Die Regierungskommission hat nunmehr der Handelskammer schriftlich mitgeteilt, daß sie sich in dieser Frage bereits mit der französischen Regierung in Verbindung gesetzt habe. Die Antwort aus Paris stehe jedoch noch aus.

Aus dem Antwortschreiben der Saarregierung an die Handelskammer geht nicht hervor, welche Stellung die Saarregierung selbst in dieser Angelegenheit einnimmt. Sie hat lediglich die „wohlwollende Aufmerksamkeit“ der französischen Regierung auf die saardeutschen Guthaben in Elsaß-Lothringen gelenkt und damit die Entscheidung über diese Frage in die Hände Frankreichs gelegt. Der Erfolg der „Bemühungen“ der Regierungskommission zeigte sich denn auch bald: Ein Dekret des Generalkommissars in Straßburg vom 5. August unterwirft die Guthaben der Saarbank in Elsaß-Lothringen der Beschlagnahme.

Ferne Kindheit.

Wenn im Wandel der Gefühle
Ich mit den Gedanken spiele,
Wenn ich träume und versonnen
Gegenwärtigem entronnen,
Ist's als ob mir leise Lieder
Lieblich durch die Seele klingen
Und ich hör' die Mutter wieder
Sorgend mich in Schlummer singen.

Immerfort, wenn sich Gedanken
Um die fernen Tage ranken,
Schau ich heimatliche Bilder,
Und das Sehnen paßt mich wilder,
Dieses grenzenlose Sehnen . . .
Dieses kindliche Verlangen,
Dieses Bei-der-Mutter-wähnen —
Immer an der Heimat hangen.

Ludwig Thoms.

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Durch die Schließung verschiedener bekannter und besuchter Hotels und Restaurants war ein fühlbarer Mangel an Lokalen in unserer Großstadt eingetreten. Einen Schritt zur Besserung bedeutet in dieser Hinsicht die Wiedereröffnung des bekannten Restaurants „Knipperbräu“ unter Leitung des früheren Inhabers des Hotels Korn, Herrn Freiburger. — Die Bevölkerungszahl Saarbrückens nimmt jetzt wieder ständig zu; sie betrug Ende Juli 117 042 Köpfe gegen 116 793 Anfang des Monats. Für 1119 Fortgezogene sind 1254 neue zugezogen. Die Mehrzahl dürften Ausländer sein, einesteils um die Konjunktur auszunützen, zum andern, um der französischen „friedlichen“ Durchdringung zu dienen. — Die Notlage der Zeitungen und Buchdruckereien hat die deutschen Zeitungsverleger im Saargebiet veranlaßt, die Kollegen des übrigen besetzten Gebietes und auch im unbesetzten Deutschland zu bitten, folgende Richtlinien im Interesse der für das Deutschum wacker kämpfenden saarländischen Presse einzuhalten: 1. Die Zeitungen, die in das Saargebiet geschickt werden, dürfen unter keinen Umständen einen billigeren Bezugspreis haben als die Saarzeitungen. 2. Auch die Anzeigenpreise dieser Zeitungen müssen den saarländischen Verhältnissen angepaßt werden. 3. Eine Unterbietung der Drucksachenpreise darf unter keinen Umständen stattfinden, im Gegenteil sollten die Buchdruckereibesitzer keine Offerten mehr im Saargebiet abgeben.

Wemmetsweiler. In der letzten Sitzung des Bürgermeisterrats wurden die Erd- und Maurerarbeiten sowie die Eisenbetonarbeiten zum Rathausneubau zum Angebot von 3 600 000 Mark vergeben. Die Arbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden.

Fischbach. Der Bergmann Gapp verunglückte auf Grube Kamphausen tödlich. Die „Volksstimme“ bemerkt anlässlich dieses Unglücks: „Bemerkenswert ist, daß die Zahl der tödlichen Unfälle sich auf der genannten Grube erschreckend vermehrt hat. Sieben oder acht waren es, die in den beiden letzten Jahren ihr Leben lassen mußten, während sich in der Kriegszeit nicht ein einziger tödlicher Unfall ereignet hat. Und das in der Zeit des schärfsten Raubbaus! Auf der Zeche bestehen die traurigsten Zustände; Beschwerden, die die Sicherheit der Grube betreffen, werden mit Ablehnung beantwortet.“

Böblingen. Der Gemeinderat beschloß die Besteuerung der Wechselstuben und Banken mit allen gegen 9 Stimmen, und zwar zu dem Steuersatz von 3000 Franken. Man rechnet damit, daß durch diese Maßnahme eine Reihe von Wechselstuben gezwungen wird, ihren Betrieb einzustellen.

Friedrichsthal. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde der Antrag gestellt, die Hohenzollern-, Bismarck- und Moltkestraße in Rathenau-, Erzberger- und Bebelstraße umzutauften. Der Antrag wurde nicht zum Beschluß erhoben, da betont wurde, der Antrag sei geeignet, die Bürgerschaft zu zerklüften, statt sie zu einigen, was an der Saar doppelt bedauerlich sei. Man möge geschichtliche Tatsachen ruhen lassen. Bei Benennung von neuen Straßen würden derartige Anträge wohlwollend behandelt werden.

Sulzbach. Erschlagen. Ein Maurer und ein Fuhrmann gerieten beim Ausladen von Material in Streitigkeiten, die in Tätlichkeiten ausarteten. Der Fuhrmann schlug dabei dem Maurer mit einem sogenannten Wagenradel dermaßen auf den Kopf, daß dieser nach Verbringung ins Krankenhaus starb.

Neunkirchen. Vermutlich durch einen Blitzschlag entstand in der Modellschreinerei der hiesigen Hütte ein Kurzschluß, der den Ausbruch eines Großfeuers zur Folge hatte. Dem Feuer fiel die Modellschreinerei, das Modellager, die technischen Bureau und die Zeichensäle zum Opfer. Fast die ganzen Zeichnungen der letzten Jahrzehnte und die reichhaltige Modellsammlung wurden ein Raub der Flammen. — Eine große landwirtschaftliche Ausstellung für das ganze Saargebiet veranstalten die landwirtschaftlichen Vereine der Bürgermeisterei Neunkirchen, sowie die Lokalvereine des Kreises Ottweiler und der Stadt Neunkirchen im Einvernehmen mit sämtlichen Berufsvereinigungen am 16., 17. und 18. September dieses Jahres in Neunkirchen. Mit der Ausstellung ist eine landwirtschaftliche Preisschau für Tiere und Produkte der Landwirtschaft und Berufsgärtnerei verbunden.

Ottweiler. Die Stadtverordneten erklärten sich in ihrer letzten Sitzung im Prinzip damit einverstanden, daß hiesigen Bauleistungen, die in Wirklichkeit bauen wollen, d. h. die mit dem Bau schon begonnen haben, die Grunderwerbssteuern erlassen werden. Ein Antrag um Stundung der Grunderwerbssteuern wurde mit der Maßgabe genehmigt, daß diese in monatlichen Raten spätestens bis Ende März 1923 bezahlt sein müssen.

St. Wendel. Die Eröffnungsfeier zur Heimatausstellung am 30. Juli wurde mit einem Plakonzerte vor dem neuen Schulhause, ausgeführt von der Kapelle „Harmonie“, ein-

geleitet. Zahlreiche Ehrengäste, Vertreter der Stadt und der Behörden, Teilnehmer aus allen Kreisen der Bürgerschaft waren erschienen. Frisch und hell klangen die Kinderstimmen, die in mehrstimmigem Gesang der Heimatliebe Ausdruck gaben und zur Feier passend und pädagogisch einstimmten. Das so gewedte Heimatgefühl wußte Herr Pastor Heibges als Vertreter des Stadtoberhauptes in der Eröffnungsrede begeistert zu entflammen, indem er Sinn und Bedeutung der Heimatausstellung darlegte. Herr Rektor Obertreis sprach den Dank für alle geleistete Mitarbeit aus, die zu dem guten Gelingen der Ausstellung in reichem Maße notwendig war, sodaß sie einen vollen Erfolg darstellen konnte.

Personalnachrichten.

Geheimrat Gustav Abt. Eine führende Persönlichkeit in der pfälzischen und auch deutschen Industrie, Geheimrat Gustav Abt, ist plötzlich gestorben. Er war Chef der Abtschen Werke in Forbach und Eysheim. Geheimrat Abt entstammte einer alten westfälischen Industriellenfamilie; der Name seines Großvaters Peter Abt 3. in Eysheim wird in den pfälzischen Lesebüchern als hervorragende Persönlichkeit benannt. Gustav Abt, der Senior einer beinahe zwei Jahrhunderte im Saargebiet ansässigen Industriellenfamilie, war am 1. Juli 1860 geboren. Sein Vater, Johann Baptist Abt, war einer der Mitbegründer der Firma Gebr. Abt, die 1839 beim Uebergang von der Hausindustrie zum Fabrikbetrieb konstituiert wurde. Gustav Abt trat am 1. Juli 1885 als Mitinhaber in die Firma ein und übernahm die Leitung der Fabriken in Forbach und Marienau. 1890 wurde ihm der Titel „Kommerzienrat“, 1901 der „Geheime Kommerzienrat“ verliehen. 1902 bei der Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft wurde er zu deren Generaldirektor bestellt. 1919 kamen die lothringischen Fabriken der Gebr. Abt A.-G. unter Sequester, d. h. sie wurden von Frankreich geraubt. Kommerzienrat Gustav Abt wurde aus Forbach vertrieben. Vorübergehend nahm er seinen Wohnsitz in Billingen, wohin auch der Sitz der Aktien-Gesellschaft verlegt wurde. Gleichzeitig trat Gustav Abt aus dem Vorstand der Gesellschaft aus und wurde zum ersten Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Nach dem Erwerb der Fabrik in Wächtersbach wurde der Sitz der A.-G. nach Wächtersbach verlegt; Gustav Abt siedelte sich in Bad Orb in der Nähe von Wächtersbach an, wo er nun auch gestorben ist. Das Verlassen der Heimat und der Verlust seines ausgedehnten Besitzes in Lothringen, die schweren Einbußen an Vermögen, haben sicherlich zum frühzeitigen Tode des tatkräftigen Mannes beigetragen. Geheimrat Abt war ein Mann mit eiserner Energie, mit großem Weitblick; er war eine ausgesprochene Führernatur. Sein plötzlicher Tod bedeutet für die Firma einen großen Verlust; alle, die ihn gekannt haben, werden den frühzeitigen Tod des ausgezeichneten Mannes beklagen.

Heinrich Hader. Der ehemalige Hofchauspieler Heinrich Hader, dessen hervorragender künstlerischer Leistungen sich die Theaterfreunde von den früher im Saargebiet regelmäßig veranstalteten Gastspielen der Darmstädter her gern erinnern, ist in vorvergangener Woche in Darmstadt nach kurzem Kranksein gestorben. Vor zwei Jahren konnte er sein 40jähriges Bühnenjubiläum begehen. Heinrich Hader gehörte zu den beliebtesten und sympathischsten Schauspielern, die im Saargebiet auftraten.

Das Examen Dr. chem. hat am 12. August hat am 12. August Herr Claus Weinand aus Merzig an der Universität Göttingen abgelegt, nachdem er bereits längere Zeit als Assistent im chemischen Laboratorium der Forstakademie Hann.-Münden angestellt ist.

Ein patriarchalisches Alter erreichte die Witwe Margaretha Endt geb. Dürt in Großwald bei Heusweiler. Sie konnte am 15. August ihren 100. Geburtstag feiern. Die Greisin verfügt noch über eine auffallende geistige Frische; auch war es ihr im Vorjahre noch möglich, häusliche Arbeiten zu verrichten. Infolge eines Unfalls ist die Frau heute bettlägerig.

Von der Eisenbahn. Eisenbahnspektor Schmitt hennner von Wiesbaden wurde nach Saarbrücken-Schleismühle zur Verwaltung des Bahnhofs versetzt. — Dem Werkmeister Auweiler in Saarbrücken wurde die Leitung des Werkstättenhauptlagers in Saarbrücken und dem Werkmeister Deuker die Leitung des Werkstättenhauptlagers in Burbach übertragen.

Aus der Justizverwaltung. Rechtsanwalt Kohler in Neunkirchen ist zum Notar in Neunkirchen ernannt worden.

Kirchliche Personalien. Papst Pius XI. hat ernannt: den Generalvikar Domdechant Franz Tilmann zum Päpstlichen Hausprälaten; den Dechanten Alois Schelmeyer, Pfarrer an St. Johann in Saarbrücken zum Päpstlichen Geheimkammerer; vom Bischof wurde ernannt: Dr. Johannes Wiegand zum Domkapitular und Geistl. Rat.

Es wurde ernannt: der Pfarrer von Niederhedenbach, Nikolaus Becker, als Pfarrer von Heiligenwald; der Pfarrer von Niederehe, Johann Bläß, als Pfarrer von Thalegweiler; der Pfarrer von Wiesbaum, Nikolaus Schellenbach, als Pfarrer an St. Eligius in Saarbrücken.

Einer der Ältesten der Stadt Saarbrücken ist der am 22. Februar 1830 geborene Knappschaftsrendant a. D. **Eduard Zimmermann**. In seinem langen Leben hat der nun 92jährige eine große Epoche vaterländischer Geschichte durchlebt, er weiß sich auch noch heute all der Ereignisse gut zu erinnern, die sich im Reiche und in seiner Heimatstadt zugetragen haben. Er fühlt jezt mit uns besonders hart den herben Sturz des Vaterlandes von der Höhe größter Wohlfahrt in unsere gegenwärtige unglückliche Lage, die einer fremden Hörigkeit gleicht. Möge es Herrn Zimmermann, der zahlreiche Freunde in der Bürgerchaft und der Bergarbeiterschaft des Saargebietes hat, vergönnt sein, noch das Morgenrot einer besseren Zukunft unseres deutschen Vaterlandes und besonders unserer deutschen Saarheimat zu schauen.

Veteranen der Arbeit. Eine einfache, aber eindrucksvolle Feier für zehn Arbeitsveteranen, die 50 Jahre ununterbrochen auf dem Neunkircher Eisenwerk in Arbeit stehen, fand im Sitzungssaal des Direktionsgebäudes statt. — Frä. Sophie Broder ist seit 1. Juli 1882 ununterbrochen als Hausangestellte bei der Familie Justizrat Eglinger in Saarbrücken 3 tätig, während Frau Susanna Müller, geb. Schell seit 45 Jahren ohne Unterbrechung im Haushalte der Familie Mattfeldt in Rehlungen in Diensten steht. Beide treuen Bediensteten wurden amtliche und private Anerkennungen zuteil.

Todesnachrichten. Frau Josephine Babel, 35 J.; Malermeister Heinrich Schwarzer, 66 Jahre; Werner Bierehoven, 11 Jahre; Frau Sophie Staudinger, geb. Schiel, 41 Jahre; Frau Barbara Huplein, geb. Müller, 77½ Jahre; Elisabeth Bonner, 16 Jahre, Karl Schmidt, 33 Jahre; Lehrer Kaspar Bauer, 53 Jahre; pens. Hüttenarbeiter Peter Kraschleder; Frä. Zulchen Münzinger, 61 Jahre; Frau Maria Katharina Lang, geb. Schankola, 62 Jahre, Friederike Lauterwasser, Ludwig Korn, 51 Jahre; Frau Karl Schneider, Hermine geb. Medbach, 28 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Franz Dellese, Pensionär, Veteran von 1870/71, 77 Jahre; Wwe. Johann Borst, geb. Horgne, 55½ J., beide in Böllingen. — Frau Witwe Friedrich Altpeter, geb. Altpeter, 73 Jahre, Fürsthausen. — Frau Luise Krug, geb. Fritsch, 49 Jahre, Bous (Saar). — Oberstadtssekretär a. D. Julius Schellenberg, 65 Jahre; Nikolaus Meter, 27 Jahre; Mathias Rau, 76 Jahre, Witwer von Gertrud Arweiler; Anton Stein, sämtlich in Saarlouis. — Hans Bink, 26 Jahre, Fremersdorf. — Frau Witwe Math. Hedding, Maria geb. Jenzius, 67 Jahre, Merzig. — Albert Klein-Schampel, 20 J., Dudweiler. — Steiger a. D. Peter Schröder, 73 Jahre, Bildstock. — Wilhelm Weil, 55 Jahre, Friedrichsthal. — Frau Margarete Emmerich, geb. Klein, 72 Jahre, Elversberg. — Frau Witwe Philipp Klepper, Katharina, geb. Brenner, 68 Jahre; Fuhrunternehmer Johann Bügler, 33 Jahre; Bergmann Ernst Müller, 18 Jahre; Jakob Junker, 61 Jahre; Witwe Jakob Bender, geb. Christine Krennig, 78½ Jahre, sämtlich in Neunkirchen. — Frau Eugenie Wimmer, geb. Engels; Frau Barbara Dostert, geb. Clasen, 42 Jahre; Feld- und Waldbüter Friedrich Dahl, 43 Jahre; Frau Käthe Friederich, geb. Becker, sämtlich in Homburg. — Geh. Rat Gustav Adt, 63 J., Ensheim (Bad Orb). — Frau Maria Lehmann, geb. Schwarz, 68 Jahre, Kirel-Neuhäusel.

Schule und Kirche.

Eine hohe päpstliche Auszeichnung wurde dem bekannten Saarbrücker Großkaufmann **Arnold Becker** zuteil; er wurde, wie er in einem Handschreiben des Bischofs Dr. Bornwasser mitgeteilt erhielt, zum Ritter des hohen Ordens vom hl. Silvester ernannt. Herr Arnold Becker hat sich als langjähriges tätiges Mitglied kirchlicher, kommunaler und wirtschaftlicher Körperschaften und durch seine weitherzige und opferfreudige Unterstützung kirchlicher und gemeinnütziger Bestrebungen bleibende Verdienste um Kirche und Saarheimat erworben.

Lehrer C. Bauer in Malsstatt †. In Malsstatt ist in diesen Tagen Lehrer Caspar Bauer gestorben. Damit hat ein 53jähriges arbeitsreiches Lehrerleben seinen Abschluß gefunden. Er lebte nur seinem Beruf und seiner Schule, der er seine ganze Zeit, Kraft und Gesundheit widmete. Trotzdem schon jahrelang leidend, konnte er sich nicht entschließen, sich die zur Wiederherstellung der Gesundheit nötige Ausspannung zu gönnen. Durch aufopfernde Pflichterfüllung wurde so Herr Bauer nur allzu früh das Opfer seines Berufes.

Kaplan Bek †. Aus Kirchheimbolanden kommt die Nachricht, daß Kaplan Bek, nach einer 14tägigen Krankheit, einer Lungenentzündung erlegen ist. Bek ist ein geborener St. Ingberter und war durch sein leutseliges Wesen sehr beliebt.

Vom Landesrat.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landesrates hat einen Antrag eingebracht, der die Regierungskommission ersucht, dem Landesrat umgehend einen Verordnungsentwurf zur Begutachtung vorzulegen, der den Mitgliedern des Landesrates den

Schutz der Immunität

gewährleistet. In der Begründung wird gesagt: Dieses Leute selbstverständliche Recht der Immunität, das uns die preussische Verwaltung schon 1850 zuerkannte, muß auch den Abgeordneten in dem angeblich in liberalem Geiste verwalteten Völkerbundlande gewährleistet werden, wenn nicht dieses Gebiet von dem überlebtesten Obrigkeitstaat beschämt werden soll.

Ein zweiter Antrag ersucht die Regierungskommission, dem Landesrat eine Antwort über die Aufhebung aller kleinen Belegen, in der die Paragraphen des Strafgesetzbuches, die den Schutz der Abgeordneten und die Berichterstattung der Presse sicherstellen, dementsprechend umgeändert werden.

Ein dritter Antrag ersucht die Regierungskommission, dem Landesrat eine Antwort über die Aufhebung aller kleinen Betriebs- und Innungsrankenfassen im Saargebiet und deren Angliederung an die allgemeine Ortsrankenfasse zur Schaffung einer leistungsfähigeren Kasse zur Begutachtung vorzulegen. Die Zusammenlegung der Kassen sei schon aus Sparmaßnahmsrücksichten unbedingt notwendig.

Weiter hat die sozialdemokratische Fraktion des Landesrates für die nächste Sitzungsperiode folgende Anträge vorbereitet und der Regierungskommission überreicht:

Einführung des deutschen Betriebsrätegesetzes, einen Entwurf zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit auf der Basis des Achtstundentages, Entwurf einer Schlichtungsordnung. Ferner wird die Regierungskommission ersucht, dem Landesrat das deutsche Gesetz über die Beschäftigung der Schwerkriegsbeschädigten vom 6. April 1921 sowie die Verordnung über die Beschäftigung von Schwerkriegsbeschädigten in Privatbetrieben vom 21. Juli 1921 und das Gesetz über Kündigungsbeschränkung zugunsten Schwerkriegsbeschädigter vom 19. Juli 1922 zwecks Ausführung im Saargebiet zur Begutachtung vorzulegen.

Des weiteren verlangen die sozialistischen Anträge, daß dem Landesrat ein Verzeichnis sämtlicher in der Regierung und Verwaltung des Saargebietes beschäftigten Personen zugänglich gemacht wird, da die Steuerzahler des Saargebietes ein berechtigtes Interesse daran haben, über den Verbleib ihrer Steuern unterrichtet zu werden.

Die Liberale Volkspartei hat der Regierungskommission einen Antrag überreicht, daß die Regierungskommission zusammen mit der Reichsregierung und den Landesregierungen eine definitive Klärstellung der Rechtsgrundlagen der Pensionsansprüche der Beamten herbeiführt, bis zu der definitiven Regelung aber diesen

Ruhegehaltsempfängern ausreichende Teuerungszulagen

vorschußweise gewähren möge, die der im Saargebiet bestehenden besonderen Teuerung entsprechen. Die Partei legt Wert darauf, über die Stellungnahme der Regierungskommission definitiv orientiert zu sein, damit sie, falls die Regierungskommission es ablehnen sollte, ausreichende Fürsorge für die Ruhegehaltsempfänger zu treffen, weitere Schritte in der Angelegenheit unternehmen könne.

Das demokratische Mitglied des Landesrats hat der Regierungskommission einen Antrag unterbreitet, der sich mit der

Rückberufung der Ausgewiesenen

befaßt. Es wird in diesem Antrag darauf hingewiesen, daß in einem Bericht der Regierungskommission an den Völkerbund betont wurde, die Ausgewiesenen könnten unter Beachtung gewisser Formalitäten jederzeit wieder zurückkehren. Diese dem Völkerbund mitgeteilte Maßnahme ist jedoch der Bevölkerung in keiner Weise bekannt gegeben worden, auch ist eine entsprechende Veröffentlichung im Amtsblatt der Regierungskommission nicht erfolgt. Die Maßnahme hat aber für die ausgewiesenen Beamten insofern noch eine besondere Bedeutung, als die Frage zu klären ist, ob sie nach erfolgter Rückkehr auch wieder in ihre alten Ämter eingesetzt werden.

Vereine.

Kath. Bezirksjugendtag in der Saarpfalz. Am 13. August fand auf den Ruinen des Klosters Wörschweiler ein Bezirksjugendtag des pfälz. Teils des Saargebietes statt. Zahlreiche Vereine aus der Umgebung waren erschienen, um geschlossen zu zeigen, daß noch katholischer deutscher Jugendgeist im Saargebiet herrscht. Trotzdem in der Umgebung viele andere Feste waren, so konnte doch der Bezirkspräsident Herr Brauner aus Hessel eine stattliche Anzahl Jünglinge, Männer und Frauen begrüßen. Seine Rede war getragen von dem Gedanken und der Hoffnung auf ein katholisch-deutsches, kräftiges Jugendleben. Die Festrede hielt Jugendsekretär Schmitt aus Saarbrücken. In treffenden und passenden Worten schilderte er die Wurzel sämtlicher jetzigen Zeit-übel, wie Laubheit, Mammonismus, Egoismus usw., die nur beseitigt werden können durch die jetzige Jugend, den Männern der Zukunft. Daran anknüpfend sprach Gewerkschaftssekretär Schnurr aus Homburg. Am Schlusse sprach der Wanderwart der D. J. K. aus Mittelberzbach, Herr Alois Stumpfs, über die Bedeutung und die Ziele der Jugendkraft und speziell über die des Wanderns. Die Pausen wurden durch Musik, Gesang und Deklamationen ausgefüllt. Das Fest war eine große Jugendkundgebung der katholischen Jungmannschaft der Saarpfalz.

Der Merziger Turnverein feierte am 13. August sein 30jähriges Bestehen im Rahmen eines Sportfestes unter Mitwirkung der vor einiger Zeit zusammengeschlossenen Arbeitsgemeinschaft für Leibesübungen. Das Fest fand auf dem Sportplatz der hiesigen Spielvereinigung statt. Mit einem Wettturnen wurde es um 8 Uhr vormittags eingeleitet, wonach sich um 11 Uhr gemeinschaftlicher Kirchgang anschloß. Außer den der hiesigen Arbeitsgemeinschaft angehörenden Sportvereine wirkten die Turnvereine Dillingen und Brotdorf sowie die Gauriege des Saarturngaues noch mit. An den drei Ausgängen der Stadt fanden Werbeläufe statt. Die Jugendmannschaft der Spielvereinigung Merzig hatte mit dem Turnverein Burbach ein Wettspiel auszufechten, das mit einem Resultat von 0:0 endete.

Aus dem Saarbergbau.

Nach langen, hartnäckigen Verhandlungen ist ein neuer Tarif für den Saarbergbau zustande gekommen. Eine weitere Lohnerhöhung wurde seitens der Verwaltung mit Rücksicht auf die heutige schlechte Lage des Saarbergbaues als nicht durchführbar abgelehnt. Es ist jedoch gelungen, eine Erhöhung der Hauermindestlöhne von 13,4 auf 14,05 Franken durchzusetzen. Die Arbeitszeit für die in der Förderung beschäftigten Tagesarbeiter mit unregelmäßigen Pausen wurde auf 7½ Stunden festgelegt.

Ueber die Lage im Bergbau und die in der letzten Zeit mit der Grubenverwaltung geführten Verhandlungen sprach in einer Versammlung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter in Habach der bekannte Bezirksleiter Ruden-Saarbrücken. Die Versammlung, die aus der ganzen Umgebung zahlreich besucht war, sollte ursprünglich im Freien stattfinden, aber die „Oberste Polizeiverwaltung des Saargebietes“ ließ das nicht zu. Offenbar wünscht die Regierungskommission nicht, daß die Gewerkschaftsbeamten im Freien reden, weil sie befürchtet, daß dadurch ihre Lungen leiden und die Gesundheit untergraben wird — so meinte Ruden eingangs seiner Rede: „Wir sollen im Saale reden, damit wir noch recht lange dem Saargebiet erhalten bleiben.“ Den Ausführungen des Redners sei folgende bezeichnende Stelle entnommen:

„Wir werden immer wieder in die Welt hinausrufen, daß die Gehälter der hohen und höchsten Regierungsbeamten, die aus den Einkünften der Kohlensteuer gezahlt werden, Phantasiegehälter sind, und unbedingt abgebaut werden müssen. Es ist unrecht, daß seitens der Regierung an Beamte Gehälter gezahlt werden, die vier-, fünf-, ja achtmal so hoch sind wie die Einkünfte der Bergarbeiter. Derartigen Unterschieden, wie sie seitens der Regierung zwischen Arbeitern und verschiedenen Beamten gemacht werden, können wir nicht zustimmen. Nach der Gehaltsregelung der Regierung sollen ja auch die Gehälter in den Städten und Gemeinden gezahlt werden. Mit Recht behaupten vernünftige Leute, daß solche Kreisvertreter, Stadtverordnete oder Gemeindevertreter, die derartige wahnsinnige Gehälter in Franken bewilligen, blind seien und nicht an diese Stelle gehörten. Ein Abbau der Phantasiegehälter aus den Groschen der Bergarbeiter ist unbedingt erforderlich und wir werden nicht ruhen, bis dieses geschehen ist. Mit dem so gesparten Geld könnten viele Pensionäre, Witwen und sonstige Personen, die unter dem heutigen Elend leiden, glücklich gemacht werden.“

Zoll, Verkehr usw.

Französische Zollschikanen. Die Handelskammer von Saarbrücken teilt mit, die französische Zollverwaltung verlange bei der Einfuhr deutscher Erzeugnisse, denen ein Ursprungszeugnis beigegeben ist, genaue Deklaration nach dem französischen Zolltarif. Beispielsweise werden bei Geweben Angaben gefordert über Stück und Meterzahl, bei gemischten Geweben ob roh, gebleicht oder bedruckt und ganz oder teilweise aus gefärbten Fäden hergestellt usw. Einem Antrag, bis zum Eintritt der allgemeinen Verzollung solcher Erzeugnisse (also bis zum 10. Jan. 1925) Erleichterungen in der Deklaration der für das Saargebiet bestimmten deutschen Waren, denen Ursprungszeugnisse beigegeben sind, zuzulassen und die Forderung von genauen Angaben, wie sie der französische Zolltarif vorschreibt, auf die tatsächlich zu verzollenden Waren zu beschränken, hat die französische Zollverwaltung nicht zustimmen zu können geglaubt. Sie hat vielmehr erklärt, daß nach den französischen Zollgesetzen die Zolldeklaration auch für nicht-zollpflichtige Waren alle zur Anwendung des Zolltarifs erforderlichen Angaben enthalten müssen. Demgemäß sind sämtliche deutsche nach dem Saargebiet zur Verladung gelangenden Waren, ungeachtet der beigegebenen Ursprungszeugnisse in den beizufügenden internationalen Zolldeklarationen, genau nach dem französischen Zolltarif zu bezeichnen. Durch die häufig zu beobachtende Unzuverlässigkeit der Deklaration entstehen naturgemäß nicht unwesentliche Verzögerungen in der Weiterleitung bzw. Auslieferung der Sendungen, sowie hohe Lager- und Standgelder.

Wo bleibt der Protest der Saarregierung gegen Frankreichs Uebergriff und willkürliche Auslegung des Versailler Vertrags, dessen Interpretation angeblich nur der Saarregierung zukommt, wenn es sich um das Saargebiet handelt? Wo bleibt der sonst von der Regierungskommission mit so scheinheiligem Augenaufschlag vom Stapel gelassene „Hilferuf an den Völkerbund“? Saarregierung, auch hier ist deine „Ehre“ und deine „Autorität“ engagiert!

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

§ Die Ortsgruppe Hannover hielt am 8. August ihre Hauptversammlung ab. Polizeiobersekretär C. Heinrich wurde einstimmig wieder zum 1. Vorsitzenden gewählt. Die Versammlung war gut besucht und verlief sehr anregend.

Die Saarfrage im Halberstädter Flüchtlingsverein. In Halberstadt hielt der Flüchtlingsverein e. V., welcher die Ortsgruppen des Ostbundes und des elsass-lothringischen Hilfsbundes sowie Oberschlesier und Auslandsdeutsche, überhaupt alle Flüchtlinge in sich vereint, am Sonntag, den 6. August, in der vor der Stadt Halberstadt wunderbar gelegenen Gartenwirtschaft „Felsenkeller“ seine Monatsversammlung ab. Mit Rücksicht auf die zahlreichen Anhänger, die der Bund „Saar-Verein“ in Halberstadt aufzuweisen hat, war an den Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin, Verwaltungsdirektor Vogel, die Aufforderung ergangen, anschließend an den geschäftlichen Teil einen Vortrag über das Saargebiet zu halten. Der 1. Vorsitzende des Flüchtlingsvereins Halberstadt, Eisenbahninspektor Sarnowski, gab nach kurzen Begrüßungsworten dem Wunsche Ausdruck, daß man in weiteren Kreisen besonders des nichtbesetzten deutschen Vaterlandes allen derartigen Bestrebungen endlich mehr Interesse entgegenbringen möchte, als es bisher der Fall gewesen sei. Herr Vogel behandelte das Thema „Die französische Fremdherrschaft im Saargebiet“. Er erinnerte zunächst an die Bedeutung des historischen Erinnerungstages des Saarlandes, den 6. August; bis zum Kriegsjahr 1914 sei der 6. August für die Bevölkerung des Saargebietes ein allgemeiner Fest- und Feiertag gewesen. In diesem vaterländischen Sinne sei die Bevölkerung des Saargebietes erzogen worden und herangewachsen. Die dem deutschen Vaterland gelobte Treue habe sie, so lange deutsche Geschichte geschrieben werde, in vorbildlicher Weise zu halten verstanden. Diesem Umstande, ganz besonders aber der von den Franzosen ausgeübten Bedrückungspolitik, sei es zu verdanken, daß im Saargebiet in der ganzen Bevölkerung alle innerpolitischen Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt seien und im besten Sinne des Wortes wahre deutsche Einheit und Einmütigkeit vorherrschen, ein Vorbild und Muster für unser parteipolitisch zersplittertes Volk. Das, was in dem ungeheuerlichen Friedensdiktat von Versailles niedergelegt worden sei, fände viel zu wenig Beachtung in der Gesamtheit des Volkes, dessen größter Teil überhaupt keine Ahnung habe, was in diesem „Friedenswerk“ von Versailles, das weiter nichts als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen, noch weit schlimmeren Maßnahmen bedeute, stünde. Fast völlig vergessen sei aber auch all das, was an Heldentaten zu Lande,

zu Wasser und in der Luft geleistet worden sei. Man spräche kaum mehr ein Wort davon, und die vielen Toten, die im Osten und Westen für unsere deutsche Sache die letzte Ruhe gefunden hätten, auch sie seien schon fast vergessen. Auch diese Tatsache erfordert engsten Zusammenstoß aller deutschen Volksgenossen. Zur Einigkeit des Volkes, zur Förderung des Vaterlandes gehört aber auch, möge der Einzelne sonst denken wie er wolle, daß er die heutige Regierung mit allen Kräften unterstützt in ihrem Bestreben, unser liebes deutsches Vaterland aus all der Not wieder einer besseren Zeit zuzuführen. Um die Not und das Leid unseres Volkes und Vaterlandes richtig zu erkennen, dazu gehört, daß die Mahnung des früheren Außenministers Dr. Simons beherzigt werde: Das dicke Buch von Versailles muß unter allen Umständen jedem sechsjährigen deutschen Knaben und Mädchen auf die Schulbank gelegt werden! Nach kurzer Schilderung der ungeheuren Lasten, die dem deutschen Volke nach dem langen und harten Kriege durch die Bestimmungen von Versailles auferlegt worden seien, der unbeschreiblichen Leistungen, die unser zusammengebrochenes deutsches Volk, aufgerufen durch die gegenwärtige Hungerblockade, aufzuweisen habe, ging er auf die Bestimmungen des Diktats von Versailles über das Saarbecken über, um auch an dieser Stelle wieder an die Rathenau'sche Mahnung an den Völkerbund zu erinnern, der die Verpflichtung als Treuhänder feierlich übernommen habe, für das Wohlergehen der deutschen Saarbevölkerung zu sorgen. Diese Verpflichtung, das habe Rathenau in seiner unvergesslichen Reichstagsrede am 21. 6. ausgesprochen, sei erweislich aufs Schwerste verletzt worden. Redner schilderte dann in überzeugender Weise, wie das Friedensdiktat von Versailles der Welt weder den Frieden noch den Wiederaufbau der zusammengebrochenen europäischen Kultur gebracht habe, noch weniger aber die Anerkennung und sinngemäße Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, jenes feierlichen Versprechens der 14 Wilson'schen Punkte, dem das deutsche Volk in harmlosem Vertrauen zum Opfer gefallen sei. Der internationale Haß sei nicht hinabgekämpft, sondern neue Brandherde seien und würden fortwährend geschaffen, die bezeichnenderweise durch eine systematische französische Politik rings um Deutschland gelegt würden. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk können so viel erfüllen, wie sie wollten, immer und immer wieder treten die Franzosen mit neuen Forderungen hervor, durch die sie klar zu erkennen geben, daß es ihnen nur darauf ankommt, unser deutsches Vaterland zu zerreißen und zu zerstückeln und zur Ohnmacht herabzudrücken. Redner ging dann auf die deutsche Geschichte des Saargebietes ein. Er führte den Beweis dafür, daß das Saargebiet bis auf den heutigen Tag immer ferndeutsch gewesen sei, und erinnerte zum Beweis an die Eingabe Tausender Bürger des Saargebietes im Dezember 1918 an Wilson, in welcher sie in der Saarbrücker Eingabe vor 100 Jahren ganz entschieden gegen eine Annexion durch Frankreich Einspruch erhoben wird. Er schilderte dann in beredter Weise Land und Leute im Saargebiet, besonders die treue und arbeitame Berg- und Hüttenarbeiterschaft und die sonstigen Arbeiter als ein rein deutsches fleißiges und braves Volk, um dann auf die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes mit seinem hochentwickeltesten Steinkohlenbergbau, der blühenden Eisen- und sonstigen Hüttenindustrie und dem gesunden Handel und Gewerbe näher einzugehen. Sodann kam er auf die Zeit der Besetzung durch die Franzosen zu sprechen, um die französische Unterdrückungs- und die Franzosierungspolitik in rücksichtsloser Weise als das zu geißeln, was sie in der Tat ist, nämlich als eine Fortsetzung unerhörtester Verstöße gegen die Versailles Bestimmungen. Zum Schluß kennzeichnete er die Stimmung der Saarbevölkerung unter Betonung der Einheitsfront aller politischen Parteien und stellte immer wieder von neuem fest, daß der Berg- und Hüttenmann an der Saar sich durch französisches Truggold nicht blenden lasse, sondern, daß er nach wie vor auf die französischen Edelmetalle pfeife. Hart seien Eisen und Stahl, härter aber noch sei der Wille der Saarbevölkerung, zum Deutschtum durchzuhalten. Trotz aller Drohungen und Gewalttaten werde es dem Völkerbund, und das sei im Saargebiet Frankreich, nimmer gelingen, aus dem Saarland das Deutschtum zu vertreiben. Die Saar sei stets deutsch gewesen. Sie sei heute noch deutsch, und sie werde auch, wenn es wirklich so weit kommen sollte, durch die Abstimmung zeigen, daß sie deutsch bleiben wolle. Redner schloß mit einem warmen Aufruf an das ganze deutsche Vaterland, dieses treuen, deutschen Brudervolkes an der Saar nicht zu vergessen, dessen Einheitswille zum Deutschtum Rathenau dem ganzen deutschen Volk als Muster und Vorbild hingestellt hat. Der stürmische Beifall der Versammlung bewies, daß der Redner seinen Zuhörern ein neues Gebiet erschlossen, das ernster Beachtung wert ist.

„Saar-Verein“, Ortsgruppe Dortmund.

Zu einem
am Sonntag, den 17. September 1922, abends 8 Uhr,
im großen Saale des Hotelrestaurants „Zum Wiedermeyer“
in Dortmund, Westenhellweg 65/ stattfindenden

Lichtbildervortrag

des Sauleiters K. O m m e r t - Berlin über: „Das Saargebiet“
werden unsere Mitglieder hierdurch ergebenst eingeladen. Gäste
und Freunde der Saarsache sind herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Soeben erschien:

Der Saarkalender für 1923.

Gedenk- und Nachschlagebuch für alle Saarländer.
— Geschichte des Saarreviers. — Ernste und humoristische Schilderungen der heutigen Wirtschaftslage.
— Neue Lebenswunder in den Wetterfämpfen der Saargruben. — Benediktinerabtei Mettlach. — Die Heckerfahne des 48er Turnvereins. — Ausgrabungen im Saarrevier. — Zeittafel von 600—1200.
— Saarländische Anekdoten, Witze usw. — Beiträge von P. Keller, W. Bloem, Lisbet Dill usw.

Der Saarkalender ist ein Handbuch von dauerndem Wert für Kind und Kindeskind.

Preis 75 Mark ausschließlich Teuerungszuschlag.

Zu beziehen durch Vermittlung des „Saar-Verein“.

Badische Bank • Karlsruhe

Telefon 182-183 Friedrichsplatz 12 Telefon 182-183
Telegramm-Adresse: „Badenbank“

Ankauf der vom Reiche als Ersatz für Auslandsschäden gegebenen

Reichsschatzwechsel

zu kulantem Bedingungen.

Bei Anstellung genaue Bezeichnung der Stücke und Fälligkeiten erforderlich.

Wohltätigkeitskonzert

zum Besten der Markempfänger im Saargebiet

am Sonnabend, den 2. September d. J., nachmittags 5 Uhr
auf der Abtei in Treptow,

veranstaltet

vom Fürsorge- und Unterstützungsausschuß des Bundes „Saar-Verein“, Berlin

Vortragsfolge:

1. Unter dem Friedensbanner, Marsch
2. Ouverture aus „Orpheus in der Unterwelt“ Offenbach
3. Alte Kameraden, Marsch
4. Finale, Schlachtgesang und Gebet aus der Oper „Rienzi“ . . . Wagner
5. 1. Ungarische Rhapsodie, f-moll Liszt

Pause

6. Fridericus Rex, Marsch
7. An der schönen blauen Donau Strauß
8. Hoch Heidecksburg, Marsch
9. Heimatlänge, Potpourri
10. Potpourri aus der Oper „Der Freischütz“ Weber

Musikkapelle unter Leitung von Herrn Kapellmeister Winnig

Pause

1. Die Himmel rühmen Beethoven
2. „O Isis“ (Zauberflöte) Mozart
3. Sternennacht Wolf
4. Nachtgedanken Sträßer
5. Schwertlied Weber
6. Lühows wilde Jagd Weber
7. Jägers Abschied Mendelssohn
8. Untreue Silcher
9. Meister und Gesell' Zelter
10. 'Naus Rienzi

Vorgetragen vom Berliner Lehrergeiangverein